

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T
Z
U
K
U
N
F
T

45 Jahre Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-\$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997
auch im Internet. Die Ausgaben 1 – 76 sind als Voll-
text (PDF) im Internet kostenlos erhältlich.

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 76 · Januar 2025 · 45. Jahrgang

Editorial

In Deutschland fand kein Theater Interesse daran, mein Stück »Tipping Point – Kipp-Punkt« aufzuführen. Der renommierte und vielseitig engagierte australische Theaterproduzent sowie Regisseur Wolf Heidecker suchte nach einem Stück über die Klimakrise. Bei seinen Recherchen im Internet stieß er auf mein Werk und nahm Kontakt zu mir auf, da er es in Australien präsentieren wollte. Allerdings war »Tipping Point – Kipp-Punkt« aufgrund der dynamischen Entwicklungen der Klimakrise inzwischen veraltet, sodass ich den Vertrag mit einem Theaterverlag kündigen musste. Es war erforderlich, eine neue, auf australische Verhältnisse zugeschnittene Fassung zu erstellen. In enger Zusammenarbeit mit mir wurde das Stück überarbeitet, ins Englische übersetzt und erhielt den Titel »Tipping Point 2029«. Es erschien 2022 als Buch (siehe Seite 28). Wolf Heidecker hat diese Buchfassung anschließend in eine australische Theaterfassung weiterbearbeitet. Er hat ein Team von Schauspielerinnen und Schauspielern zusammengestellt und führt Regie. Nun wird »Tipping Point 2029« vom 14. bis 17. Mai 2025 im MC-Showroom-Theater in Melbourne/Prahan uraufgeführt. Wolf Heidecker berichtet darüber auf Seite 2.

Im 45. Jahrgang von BLICKPUNKT ZUKUNFT erwarten Sie fünf Beiträge zur Zukunfts- und Friedensdiskussion. Jeder Beitrag ist einzigartig und wertvoll, sodass keiner besonders hervorgehoben werden kann. Besonders aktuell ist jedoch Karl-Martin Hentschels Artikel »Wie retten wir die Demokratie?«, der wichtige Einblicke bietet. Das trifft auch für Annette Schlemms Beitrag »Der Klima-Umbruch ist keine Naturkatastrophe!«, die »Erklärung der VDW-Studiengruppe 'Frieden und Europäische Sicherheit' zur Stationierung konventioneller 'Long-Range Fire Deployments' in Deutschland« und die weiteren Beiträge zu. Sie liefern wertvolle Informationen für die Zukunftsgestaltung in einer zunehmend von Krisen, Katastrophen und Dilemmata geprägten Welt. Darüber hinaus finden Sie Hinweise auf sieben empfehlenswerte Bücher. Ich wünsche Ihnen eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre.

Werner Mittelstaedt, 9.12.2024 (Redaktionsschluss)

Inhalt

Tipping Point 2029

von Wolf Heidecker

Wie retten wir die Demokratie?

Warum die AfD gewählt wird und wie wir der Wut mit einer positiven Agenda begegnen können.

von Karl-Martin Hentschel

Erklärung der VDW-Studiengruppe "Frieden und Europäische Sicherheit" zur Stationierung von konventionellen "Long-Range Fire Deployments" in Deutschland

Der Klima-Umbruch ist keine Naturkatastrophe!

von Annette Schlemm

Impressum

Zukunftsdenken erneuern Lehren aus dem Dubai Zukunftsforum 2023

von Roland Benedikter

Die Wissenschaften sind bunt und müssen es bleiben

von Werner Mittelstaedt

Bücher:

Hans Holzinger Wirtschaftswende

Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich

Friederike Otto Klimaungerechtigkeit

Friederike Otto Wütendes Wetter

Werner Mittelstaedt Anthropozän und Nachhaltigkeit

Werner Mittelstaedt Transformation und Ambivalenz Steht die Welt vor dem Kollaps?

Werner Mittelstaedt und Wolf Heidecker Tipping Point 2029

Karl-Martin Hentschel / Alfred Eibl Steuer-Revolution!

Tipping Point 2029

***Tipping Point 2029 wird vom 14. – 17. Mai 2025 im
MC-Showroom-Theater in Melbourne/Prahran uraufgefuehrt***

von Wolf Heidecker

Tipping Point 2029, das Theaterstueck über den menschengemachten Klimawandel von Werner Mittelstaedt wurde in enger Anlehnung an das deutsche Original vom australischen Theaterproduzenten und Regisseur Wolf Heidecker zu einer australischen Theaterfassung umgearbeitet.

Gezeigt wird ein Tag in einem Fernsehstudio, in dem sich das Produktionsteam und eine Reihe geladener Fachleute auf eine Diskussionsrunde über den eingetretenen »Tipping Point im globalen Klimasystem« vorbereiten. Die Diskussionsrunde soll am Abend ausgestrahlt werden.

Die Daten, Fakten und Trends über den durch Menschen verursachten globalen Klimawandel, der sich mittlerweile zu einer für die meisten Menschen immer bedrohlicheren Klimakrise entwickelt hat, auf die sich das Stueck bezieht und einen integralen Bestandteil der Dialoge bilden, wurden von Werner Mittelstaedt akribisch von deutschen/europaeischen Verhaeltnissen in hochaktuelle australische Gegebenheiten angepasst.

Neun Schauspielerinnen und Schauspieler geben im Stil einer »Reality-Show« einen Blick hinter die Kulissen der Fernsehaufzeichnung, wobei die Personen, die sie darstellen, moeglichst frei von ueberhoeht stereotypischem Verhalten praesentiert werden. Zwischen der Politikerin bis hin zur Chefin eines Energieerzeugerkonzerns, von Umweltfachleuten und -aktivisten bis hin zum Professor fuer Klimaforschung, die alle auch in Australien ihre realen Vorbilder haben, entwickelt sich eine interessante, spannungsgeladene und manch mal emotionale Atmosphaere, die gleichzeitig unterhaltend, dabei aber trotzdem hoechst informativ ist.

In Australien gibt es kaum jemanden, der nicht direkt oder zumindest indirekt von den Folgen des Klimawandels betroffen ist. Nicht nur, dass Buschfeuer in den letzten Jahrzehnten immer haeufiger und viel aggressiver groessere Schaeden anrichten, hauptsaechlich in der bereits anderweitig durch die Bevoelkerungsausweitung belasteten Natur, sondern die Hochwassergefahr auch weiterhin zunimmt, mit ebenfalls ernsthaften Folgen fuer Privatgrundstuecke, aber auch in existenzgefahrdender Weise fuer unsere Landwirtschaft.

Obwohl durch die Krise um die Lebenshaltungskosten die Sorge um die Umwelt in der Skala der

wichtigen Themen in der australischen Bevoelkerung abgerutscht ist, gibt es kaum noch Politiker oder Industrievertreter, die den Klimawandel und seine Folgen bestreiten. Allerdings haben es Lobbyisten verstanden, in diesen beginnenden Vorwahlzeiten die konservative Seite des politischen Spektrums, die leider auch hier immer weiter nach rechts tendiert, zu ueberzeugen, dass es als einzige Alternative zu erneuerbaren Energien, die sie als »zu unsicher und nicht verlaesslich genug« bezeichnen, nur die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke gibt, die sie als naturfreundliche, wirtschaftliche und zuverlaessige Quelle darstellen.

Was erschrecken muss, ist, dass in unserem australischen Zweiparteiensystem der Vorsitzende der derzeitigen Oppositionspartei (Liberal Party of Australia, die sich selbst als »Mitte-Rechts« Partei bezeichnet), der anstrebt, mit seiner Partei an die Regierung zu kommen, bereits angefangen hat, rechtliche Grundlagen zu erkunden, wie die in Australien bestehenden Regelungen fuer einen atomfreien Kontinent, in dem bislang nur Material fuer die Nuklearmedizin zur Nutzung zugelassen ist, in zivilem und militaerischem Bereich aufgeweicht und letztlich fundamental geaendert werden koennen.

Eine irrwitzige Entwicklung in einem Land, in dem »die Sonne immer scheint«. Umso wichtiger, dass auch die Buehne mit einem engagierten Team von Schauspielerinnen und Schauspielern ihren Beitrag dazu leistet, zur allgemeinen Diskussion beizutragen, die Themen Umwelt und Klimakrise im Bewusstsein zu halten und mehr Menschen zu animieren, das Ihre zu tun. Aufgrund der sich weiter verschaeernden Klimakrise muss alles dafuer unternommen werden, dass es nicht noch rasanter bergab geht und Aktivitaeten gegen ihre Ursachen und gezielte Anpassungen an die sich veraendern- den Lebensbedingungen fuer Menschen, Tiere und Pflanzen durch die steigenden Temperaturen moeglichst rasch erfolgen.

Tipping Point 2029 wird vom 14. – 17. Mai 2025 im MC-Showroom-Theater in Melbourne/Prahran uraufgefuehrt.

Wolf Heidecker, Werribee Vic 3030, Australien
(Wolf Heidecker Arts Management -WHAM-)

Website: wolfsperformingartsmanagement.com

E-Mail: whamflow@gmail.com

Wie retten wir die Demokratie? Warum die AfD gewählt wird und wie wir der Wut mit einer positiven Agenda begegnen können.

von Karl-Martin Hentschel

Die AfD ist eine Partei, die immer offener sagt, dass sie die Demokratie abschaffen will (siehe untenstehenden Kasten). Sie schickt Mitglieder ins Parlament, die schon jetzt als Polizisten oder Richter offen rechtswidrig ihr Amt missbrauchen.¹ Wenn sie trotzdem in einigen Wahlkreisen in Thüringen oder Sachsen über 40 Prozent der Stimmen bekommt, dann ist das kein Irrtum. Viele Wähler haben offensichtlich das Vertrauen in die Demokratie verloren.

Dr. Holger Stienen, ehemaliger Referent der AfD-Bundestagsfraktion, amtierender Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion im Kreis Herzogtum-Lauenburg, verkündete auf Facebook: „Wir brauchen mal ein paar Jahre einen totalitären Staat alter Prägung, um mit dem Gesocks aufzuräumen (...).“

Der Polizist Torsten Czuppon wurde 2024 mit 42,8% im Wahlkreis Sömmerda II erneut in den Landtag von Thüringen gewählt. Ein Seminar der KZ-Gedenkstätte Buchenwald zum Holocaust besuchte er demonstrativ im Shirt der Neonazi-Marke Thor Steinar. Die Polizei leitete ein Disziplinarverfahren ein. Czuppon erstattete daraufhin Anzeige gegen zwei Zeugen und bearbeitete die Verfahren eigenhändig. Dafür verurteilte ihn 2022 das Amtsgericht Erfurt wegen Verfolgung Unschuldiger zur Strafzahlung von 30.000 Euro.

Marcel Grauf, Mitarbeiter von zwei AfD Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg: „Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder. Mir egal. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!“ (Aussage vom Gericht bestätigt)

Der Richter Jens Maier, Ex-MdB der AfD, jetzt nächster Nachrücker für Sachsen, lobte die NPD als die einzige Partei, die „immer geschlossen zu Deutschland gestanden“ hätte. Er äußerte auch Verständnis für den norwegischen Terroristen und hundertfachen Mörder Breiwick. Weil er den NPD-Kritiker Steffen Kailitz rechtswidrig verurteilte, wurde Maier 2022 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Ein Paradox?

Fachleute sprechen von einem Paradox: Die AfD vertritt ein Programm, das Reiche stark begünstigt und dessen Umsetzung für arme Menschen schwerwiegende Folgen hätte.² Exemplarisch dafür sind die Forderungen nach Streichung von Sozialleistungen, gegen Mieterschutz und gegen Sozialwohnungen. Die AfD will Steuernsenkungen für Reiche und Großkonzerne sowie die Abschaffung der Erbschaftssteuer und des Solidaritätszuschlages, beides Abgaben, die hauptsächlich von dem reichsten ein Prozent der Gesellschaft bezahlt werden. Noch absurder ist es, dass sie bis zu den Protesten den Bauern die Hälfte ihres Einkommens wegnehmen wollte – durch Streichung der EU-Subventionen. Die Partei will eine Abschottung Deutschlands vom Weltmarkt und würde damit Millionen von Arbeitsplätzen zerstören. Auch will die AfD ausgerechnet den neuen Bundesländern, wo sie am meisten gewählt wird, die Einnahmen

drastisch kürzen, indem der Länderfinanzausgleich reduziert wird. Und natürlich lehnt die AfD jeglichen Klimaschutz ab – auch das 49€-Ticket oder den Ausbau von Radwegen.

Fazit: Ihr Programm richtet sich gegen ökonomisch Schwache – insbesondere gegen den ländlichen Raum und die neuen Bundesländer – und bevorteilt einseitig reiche Menschen, denen die Umwelt gleichgültig ist.³ Aus diesem Grund ist es verwunderlich, dass Menschen mit geringeren Einkommen und aus den neuen Bundesländern deutlich überproportional die AfD wählen. Wer etwas daran ändern will, muss also verstehen, was die Ursachen sind.

Fremdenfeindlichkeit hat wenig mit Einwanderung zu tun

Erklärt wird das Paradox meist damit, dass die AfD-Wähler*innen gegen Einwanderung sind und deshalb die anderen Themen keine Rolle spielen. Aber stimmt das so?

Auf den ersten Blick scheint das zu stimmen. Die Ablehnung von Migration geht offensichtlich einher mit Fremdenfeindlichkeit. Evolutionsbiologisch wiederum kann man diese auf das Revierverhalten zurückführen, dass nicht nur bei vielen Säugetieren, sondern auch beim Menschen zu beobachten ist. Sammler und Jäger bilden Solidar- und Versorgungsverbände wie die Sippe und den Stamm und grenzen sich zumindest teilweise territorial oder auch gegen fremde Personen ab.

Allerdings ist das Revierverhalten keine Konstante. So gibt es Wissenschaftler, die beobachten, dass in einer sicheren Lage mit ausreichend Nahrung und einer guten Versorgung der anderen Grundbedürfnisse das Revierverhalten abnimmt und Menschen sich gegenüber Fremden oft ausgesprochen offen, sozial und liberal verhalten. Materielle und physische Unsicherheit und Angst lösen demnach stärkeres Revierverhalten aus.⁴

Eine andere These behauptet, dass bestimmte Religionen wie der Islam intoleranter seien als etwa das Christentum. Sie ist offensichtlich falsch. In den Jahrhunderten vor der Industrialisierung, war der Orient mit Damaskus und Bagdad als Zentren der Alten Welt und der großen Handelsstraßen sehr reich. Europa hingegen war eine bettelarme und wegen der dichten Wälder und vielen Sümpfe unwegsame Gegend am Rande der Welt. Damals präsentierte sich der Islam weltoffen und tolerant. Das Christentum dagegen war sektiererisch und intolerant. Der schlimmste Krieg aller Zeiten in Deutschland war der Dreißigjährige Krieg, ein Religionskrieg in dessen Verlauf ein Drittel der Bevölkerung des Heiligen Römischen Reiches ums Leben kam – in einigen Provinzen sogar zwei Drittel.

In der Sammler- und -Jägersgesellschaft diente das Revierverhalten dazu, die Ressourcen der Gruppe oder des Stammes gegen Eindringliche zu schützen, die aufgrund der Verknappung der Ressourcen mit Dürre, Wassermangel und Hungersnot in benachbarte Territorien eindrangen, um zu überleben. Später nach der Staatenbildung wurden nicht nur äußere Feinde, sondern auch Mitmenschen, die anders waren, zu Feinden: Andere

Religionen wie die Katholiken oder die Juden, anders Aussehende wie die Roma oder auch sogar fiktiv konstruierte Feinde wie die Hexen – so in den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg. In den USA richtete sich der Chauvinismus gegen Indianer, Schwarze, Iren, Italiener, Juden, Chinesen, Japaner, Mexikaner und schließlich gegen die „Latinos“ überhaupt.

Insbesondere die Behauptung, dass die Fremdenfeindlichkeit eine Folge der zunehmenden Migration ist, wie man es heute in Europa und der USA häufig vermutet, lässt sich daher nicht halten. Denn die Wahl rechtschauvinistischer Politiker findet weltweit statt – so in Indien, Brasilien, in Argentinien, in vielen arabischen Staaten, in Russland aber auch in Ungarn, Polen und Italien. Die meisten davon sind aber Staaten, aus denen die Menschen eher wegziehen als einwandern.

Tatsächlich haben Ausgrenzungsmechanismen sowohl soziale wie auch kulturelle und bewusst politische Auslöser, die nur sehr indirekt mit Einwanderung zu tun haben. Migranten sind also nicht Ursache, wohl aber eine Projektionsfläche für die Fremdenfeindlichkeit. Es kommt eben auch sehr darauf an, wie mit der Einwanderung politisch umgegangen wird.

Vertrauensverlust in die Demokratie und Ungleichheit

Auffallend ist, dass das *Vertrauen in die Demokratie* im neuen Jahrtausend erheblich abgenommen hat. Wurden im Jahr 2000 noch die Hälfte der Menschheit mehr oder weniger demokratisch regiert, so kommen die entsprechenden Untersuchungen heute nur noch auf 30 Prozent. Ein rapider und erschreckender Rückgang der Demokratien.

Eine Umfrage des NDR⁵ im Oktober 2023 hat ergeben, dass 54 Prozent, also nur noch gut die Hälfte der Bürger damit zufrieden ist, wie in Deutschland die Demokratie funktioniert. In Mecklenburg-Vorpommern sind es gerade noch 32 Prozent. Dennoch halten drei Viertel (77 Prozent) die Demokratie grundsätzlich für die beste Staatsform.

Schaut man aber genauer hin, dann hängt die Antwort vor allem von der sozialen Lage der Menschen ab. 47 Prozent schätzen ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein. Von diesen Menschen sind zwei Drittel (70 Prozent) mit der Art und Weise zufrieden, wie die Demokratie funktioniert. Dagegen beurteilen 16 Prozent ihre Lage als schlecht oder sehr schlecht. Und bei diesen Menschen ist es genau umgekehrt. Zwei Drittel von ihnen (70 Prozent) sagen, dass die Demokratie nicht gut funktioniert.⁶ Das ist ein extrem signifikanter Unterschied. Wohlhabende schätzen die Demokratie, Arme zweifeln an ihr. Man kann es auch so ausdrücken: Wenn die Ungleichheit in einer Gesellschaft wächst, dann wächst auch das Misstrauen in die Demokratie.⁷

Die „Verlusteskalation“

Dass die Menschen in Argentinien an ihrer Demokratie zweifeln, kann man angesichts der Krise mit Hyperinflation und hoher Arbeitslosigkeit gut verstehen. Aber warum zweifeln Menschen in Deutschland? Sind wir nicht eines der bestregierten Länder der Welt? Wir haben gut zu essen, noch nie wurden die Menschen so alt und wir haben zuletzt pro Kopf zehnmal so viel exportiert als China und immerhin dreimal so viel als die USA oder unserer früherer Angstkonkurrent Japan.⁸ Was ist also los, dass die Menschen so unzufrieden sind?

Wenn wir umso glücklicher würden, je mehr Wohlstand wir haben, dann wäre das nicht erklärbar. Aber so ist es nicht. Die Menschen vergleichen sich vor allem erstens mit ihren Nachbarn und zweitens mit dem, was gestern war. Nach dem Krieg ging es 40 Jahre lang bergauf – das war das goldene Zeitalter des Kapitalismus, in Deutschland sprach man vom Wirtschaftswunder. Der Wohlstand stieg für alle und zum ersten Mal fühlte sich die Masse der Arbeiter als „Bürger“. Zum anderen aber nahm in allen westlichen Demokratien die Ungleichheit ab. Ganz besonders in den USA mit einem Spitzensteuersatz, der fast 30 Jahre lang über 90 Prozent lag. Wer mehr als 1,5 Millionen Dollar nach heutigem Geld verdiente, musste noch unter Präsident Kennedy 90 Prozent davon abgeben. Heute unvorstellbar. Auch in Deutschland lagen die Steuersätze Anfang der 50er-Jahre ähnlich hoch. Dazu kam der Lastenausgleich – alle Reichen mussten die Hälfte ihres Vermögens abgeben! Ebenfalls heute unvorstellbar.⁹

Im Jahre 1980 war in Deutschland so eine Mittelschicht von 40 Prozent der Bevölkerung entstanden, die ein Drittel des gesamten Vermögens besaß – hauptsächlich ein Teil ihrer Häuser. Aber auch Facharbeiter und Angestellte ohne Haus fühlten sich nun als Teil der Mittelschicht. Soziologen bezeichnen das als Zwiebelgesellschaft – eine breite Mitte mit einer kleinen Spitze nach unten und einer kleinen Spitze nach oben. Man unterschied keine Klassen mehr, sondern nur noch Milieus.

Aber dann kam die Ölkrise, der Neoliberalismus und schließlich die große Finanzkrise. In den vergangenen 30 Jahren landete das zusätzliche Vermögen überwiegend bei einer kleinen Schicht von einigen Tausend Multimillionären und den etwa 200 Milliardärsfamilien. Die meisten dieser Familien haben ihren Reichtum geerbt – mehr als die Hälfte gehörte schon im Kaiserreich zu den oberen ein Prozent, ein Viertel erwarb ihn während des Naziregimes.¹⁰ Für alle Milliardärsfamilien, deren Vermögen schon vor Kriegsende entstand, war die Nazi-Zeit für die Entstehung des heutigen Vermögens entscheidend.¹¹

Aber die Menschen fühlen sich nicht nur ungerecht behandelt. Es kam in den letzten Jahren einfach zu viel auf sie zu. Soziologen sprechen von einer „*Verlust-Eskalation*“.¹² Die große Finanzkrise und die anschließende Euro-Krise erschütterten das Vertrauen in die Sicherheit der Wirtschaft. Die Alarmglocken der Klimawissenschaftler schrillen zunehmend lauter. Dann brach die Corona-Pandemie aus – und zuletzt noch der Ukraine-Krieg und die Gaskrise. Nur noch 9% der Menschen glauben heute, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihnen.

Alles soll bleiben, wie es ist

Jetzt hat ein Teil der Menschen das Vertrauen in die Demokratie verloren. Die massive Flucht von jungen Menschen – insbesondere aus den ländlichen Regionen im Osten – verbunden mit dem dadurch verursachten Rückbau der Infrastruktur und dem Eindruck des wirtschaftlichen Niedergangs erzeugen eine Stimmung, dass die Demokratie versagt und sich niemand um die Menschen kümmert.

Sowohl die soziale wie die innere Sicherheit stehen daher im Zentrum der Sorgen der Menschen. Von der Ampel fühlen sie sich verlassen. Sie wählen nicht AfD, weil sie Protest ausdrücken wollen. Sie wählen sie trotz ihrer Verfassungsfeindlichkeit, trotz ihrer Menschenverachtung, trotz ihres unsinnigen Programmes. Der Grund ist die Wut im Bauch. Wut auf die Intellektuellen, die

Grünen, die Besserwisser, die Woken usw. Aber woher kommt diese Wut?

Tatsächlich stehen wir vor der größten Veränderung unserer Gesellschaft seit der Industrialisierung. 250 Jahre war unser Leitbild das „Wachstum“, das Versprechen, dass es wenigstens den Kindern besser ging. Und das stimmte so auch. Ein Sozialhilfeempfänger hat heute mehr Komfort und Wärme in der Wohnung als der König von Frankreich zur Zeit der französischen Revolution.

Doch so geht es nicht weiter. Der Planet ist endlich. Wir befinden uns im Übergang von einer Wachstums- zu einer Gleichgewichtsgesellschaft. Das muss nicht schlimm sein. Aber solche Übergänge sind mit erheblichen Verwerfungen verbunden: Die Weltfinanzkrise und die Euro-Krise, der Klimawandel, die Corona-Krise und dann noch der Ukraine-Krieg. Daher glaubt heute kaum ein Mensch noch, dass es den Kindern besser gehen wird als uns.

Daher wollen viele Menschen nur noch, dass alles so bleibt wie es ist. Sie wollen ihre heile Welt behalten. Ukraine, Klima, Corona usw. – alles ist Fake. Die Wut im Bauch wächst. Besonders auf die, die die Probleme ernst nehmen und lösen wollen.

Die Menschen erwarten „Führung“ und suchen Sicherheit

In einer solchen Situation entsteht ein fundamentales Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit und Kontrolle.¹³ In Krisensituationen suchen die Menschen eine Autorität und neigen eher dazu, Verschwörungsmymen zu glauben, wenn sie keine Orientierung finden. Streit, Kritik und Diskussionen in der Demokratie um die bessere Politik signalisieren dann für viele Menschen nur noch Führungsschwäche. So ist Fremdenfeindlichkeit oft auch verbunden mit der Suche nach einem starken Führer, der bewusst chauvinistisch auftritt: Mit Kettensäge wie Präsident Milei in Argentinien, mit sexistischen Sprüchen wie Trump oder mit nacktem Oberkörper auf dem Pferd in der Natur wie Putin.

Allerdings ist nicht jede Autorität verwerflich. Eine neue Autorität kann links und demokratisch sein wie Roosevelt, der in den USA nach der Weltwirtschaftskrise 1929 das Sozialsystem durchsetzte. Sie kann auch ein Wahnsinniger sein wie Hitler, der das Land ins Verderben führte. Schon in den „demokratischen“ Stadtstaaten im antiken Griechenland kamen zuweilen Tyrannen an die Macht, die das Umverteilen des Reichtums versprachen, wenn es die herrschende Kaufmannsoligarchie zu weit trieb, also zu viele Einwohner verarmten.

Die Scholz-Regierung versuchte durchaus dem Wunsch nach Handlungsfähigkeit gerecht zu werden. Hatte Merkel auf Grund der Ängste und Befindlichkeiten die Probleme lieber ausgesessen, so wurde nunmehr ein Gesetz nach dem anderen verabschiedet. Erst Corona, dann Ukraine, dann die Energiesicherung im Winter 22/23. Gleichzeitig wurde sozialpolitisch umgesteuert mit der Erhöhung des Mindestlohns, mit Bürgergeld, Wohngeld, Kindergeld sowie dem Deutschlandticket. Dazu kommen schon etwa 20 Gesetze, um Deutschland klimaneutral zu machen: Netzausbau, Speicherausbau, Windflächenausweisung, PV-Gesetz, Heizungsgesetz, Mieter/Vermieter-Gesetz usw. Zum ersten Mal sinken die Emissionen rascher als gedacht – mehr als 10 Prozent in einem Jahr.¹⁴

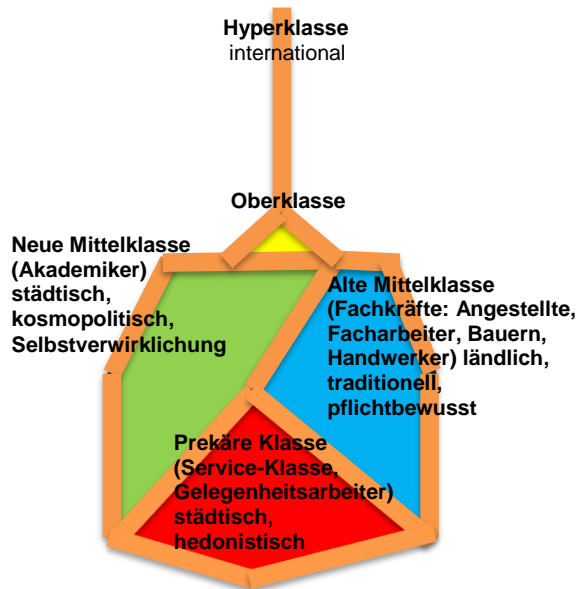
Dennoch oder gerade deswegen kippte im Sommer 2023 die Stimmung. Wer viel macht, ärgert auch viele.

Die Regierung dringt medial nicht mehr durch. Vermutlich spielt die öffentlich zelebrierte Uneinigkeit in der Koalition dabei eine zentrale Rolle. Die FDP liegt mittlerweile unter der 5%-Marke und fängt an undiszipliniert Querschläge auszuteilen. Dazu kommt das Belohnungssystem im Internet, das jede Provokation, jede Aufregung, jede verrückte Meldung mit Clicks und damit mit Werbeeinnahmen belohnt. Und die Richtigstellungen werden dann nie mehr gelesen.

Im Fußball wird in einer solchen Situation der Trainer gewechselt. Macron hat in Frankreich im Frühjahr einen neuen jungen Ministerpräsidenten eingesetzt, der erstmal gut ankam. Aber sein übereilter Versuch, nach der Europawahl mit überstürzten Neuwahlen in Frankreich die Stimmung zu kippen, ist gescheitert. Die Rassemblement National wurde stärkste Partei, auch wenn die vereinigte Linke im Parlament aufgrund des Wahlsystems mehr Sitze bekommen hat. Und bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erreichte die AfD in allen Ländern über 30 Prozent. Das lässt für die Bundestagswahlen nichts Gutes erwarten.

Die neue Klassengesellschaft

Es reicht aber nicht, nur auf das schlechte Management in der Politik hinzuweisen. Die Krise geht tiefer.



Der Soziologe Andreas Reckwitz analysiert, dass die fast klassenlose *Mittelstandsgesellschaft* der Nachkriegszeit (*Zwiebelgesellschaft*) mit einer breiten Mittelschicht und einer kleinen Spitze nach oben, der Oberschicht und einer kleinen Spitze nach unten in eine neue Klassengesellschaft auseinandergebrochen ist.¹⁵ Die alte Gesellschaft, geprägt durch Fabrikarbeit, durch Fordismus, durch starke Gewerkschaften und Betriebsräte, wurde abgelöst durch eine *postmoderne Bildungsökonomie*. Nun tragen Forschung, Entwicklung, Design und Marketing mehr zum Wert der Produkte bei als die materielle Herstellung. Das gilt sogar für profane Gegenstände wie Nike-Turnschuhe. Deshalb besteht der Wert einer Firma nicht mehr vorrangig aus Immobilien und Maschinen, sondern aus Patenten, Labels, Markenrechten und dem Knowhow der Mitarbeiter. Die Zahl der Industriearbeiter hat sich seit 1960 von 45 Prozent auf 20 Prozent mehr als halbiert, die der Informationsarbeiter verdreifacht!

Reckwitz identifiziert in der postkapitalistischen Moderne, wie er unsere Gesellschaft nennt, vier Klassen:

- Die *neue Mittelklasse* der Akademiker, die mittlerweile 30 Prozent der Bevölkerung umfasst.
- Die *alte Mittelklasse* mit Berufsausbildung – Facharbeiter, Handwerker, Bauern und Angestellte, die die Bundesrepublik und auch die DDR nach dem Krieg aufgebaut haben.
- Die neue *prekäre Klasse*, die einmal aus häufig arbeitslosen *Gelegenheitsarbeitern* besteht, die oft ganz oder teilweise von Transferleistungen abhängig sind, und zum anderen aus der *Service-Klasse* – den Paketzustellern, Sicherheitsdiensten, Reinigungsdiensten, Pflegediensten und vielen anderen.
- Das eine Prozent, die *Oberklasse*, bestehend aus den Reichen, den sehr reichen Multimillionären und der neuen Nadelspitze obendrauf, der Liga der Hyperreichen – den Milliardären.

Diese Klassen haben auch noch sehr unterschiedliche Wertvorstellungen. Während die neue Mittelklasse nach Selbstverwirklichung strebt und befriedigende anregende Jobs sucht, legt die alte Mittelklasse mehr Wert auf Pflichtbewusstsein, während die prekäre Klasse nur geringe Erwartungen hat und eher nach dem Prinzip des „muddling-through“ und des Hedonismus lebt.

Entscheidend für die aktuelle Politik ist aber, dass mittlerweile die Akademiker, die neue Mittelklasse, die Politik dominieren – auch in den früheren Arbeiterparteien wie der Linken und der SPD. Sie stellt 87 Prozent der Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Und nicht nur in den Parlamenten, auch in den Medien, in vielen Gemeinderäten, in den Bürgerinitiativen, Verbänden, Gewerkschaften und den NGOs dominieren die Akademiker. In den Betrieben wird man ohne Hochschulabschluss kaum noch Gruppenleiter, während früher kompetenten Facharbeitern der Weg über den Meister, den Hallenmeister bis ins mittlere Management offenstand. Das Gleiche gilt für die Handwerksbetriebe und sogar für die Bauernhöfe, die zunehmend von „Studierten“ übernommen werden.

Der US-Philosoph Michael J. Sandel hat das Phänomen Trump damit erklärt, dass die Demokraten den Menschen weismachen wollten, dass mehr Bildung die Lösung der neuen sozialen Konflikte und der Klassenspaltung sei.¹⁶ Bildung sei die Antwort auf die Probleme der Globalisierung. Obama tourte von Hochschule zu Hochschule und sagte den Studenten, dass jeder nur fleißig studieren müsse und dann eine Chance hat. Im Ergebnis führte das zu einem gnadenlosen Wettbewerb um die Qualifikationen. Aber die zwei Drittel der Gesellschaft, die keinen Hochschulabschluss haben, fühlen sich dadurch abgewertet und zunehmend auch real abgehängt. Wer in Deutschland nicht aufs Gymnasium kommt, ist schon mit 10 Jahren ein Mensch zweiter Klasse – und fühlt sich auch so. Das erklärt, warum die intellektuellenfeindlichen Ausfälle von Trump so gut ankommen. Warum viele Menschen den „Experten“ im Fernsehen nicht mehr vertrauen. Warum Zweifel an der Wissenschaft vermehrt Anklang finden. Warum ein Bauer neulich sagte, schlimmer als die Grünen seien die studierten Ökobauern usw. Warum Verschwörungstheorien gern geglaubt werden.

Generell strebt ohnehin nur ein Teil der Gesellschaft nach mehr Teilhabe und Deliberation – also mehr Demokratie. „Teilhabe“ war vor allem das Streben des besser gestellten Teils der Mittelklasse. Dagegen erwarten die Unterschichten vor allem Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhang.

Natürlich ist die Wirklichkeit wie immer komplexer. Natürlich gibt es sehr erfolgreiche Handwerker und viele reiche Bauern. Natürlich gibt es Akademiker, die am Hungertuch nagen. Oft ist der Weg von den gut bezahlten Jobs der Wissensökonomie in internationalen Konzernen bis hin zu den mit Mindestlohn vergüteten Jobs der Service-Klasse gar nicht so weit. Insbesondere viele Frauen mit Kindern müssen trotz guter Ausbildung diese Erfahrung machen. Trotzdem ermöglicht die Reckwitzsche Klassenanalyse ein gutes Verständnis der gesellschaftlichen Grabenbrüche zu Anfang des 21. Jahrhunderts.

Die Auswirkung auf die Parteienlandschaft

Zunächst ist festzustellen, dass die dargestellte Entwicklung hin zur postmodernen Wissensökonomie ein weltweiter Vorgang ist. Thomas Piketty, vermutlich der meistgelesene Ökonom der Gegenwart, hat die Wahlergebnisse in allen sogenannten „entwickelten Staaten“ seit den 1950er Jahren verglichen. Er stellte fest, dass überall die ehemals linken Arbeiterparteien zunehmend zu Parteien des Bildungsbürgertums geworden sind.¹⁷ Das war insbesondere eine Folge des Bildungsschubs und des Wertewandels der 1968-Bewegung. Dieser Effekt ist in allen reichen Volkswirtschaften zu beobachten von den USA über Europa bis hin nach Japan und Neuseeland. In allen Ländern wurden die linken Parteien zunehmend von der neuen Mittelklasse geprägt. Dadurch haben Themen wie die Gleichstellung von Frauen, von Homosexuellen, von Minderheiten, der Abschaffung des Abtreibungsverbots, der Blasphemie-Paragrafen und andere kulturelle Themen an Bedeutung gewonnen. Teilweise kamen dann auch neue alternative und grüne Parteien hinzu, die überwiegend von der neuen Mittelklasse gewählt werden.

Piketty konnte bei der Auswertung der Wahlergebnisse in den wohlhabenden Staaten weltweit nachweisen, dass spätestens seit der Jahrtausendwende die ehemaligen linken Arbeiterparteien umso mehr gewählt werden, je höher der Bildungsabschluss der Wählenden ist. Allerdings nimmt der Einfluss der Intellektuellen auch in den alten konservativen Parteien zu. Doch spielt bei diesen das Einkommen für die Wahlentscheidung eine wichtigere Rolle. Diese Entwicklung fand aber nicht in den Schwellenländern und den Ländern des globalen Südens statt – dort haben sich die Parteien völlig anders positioniert.

Entscheidend für unser Thema ist aber die Erkenntnis, dass es keine Parteien mehr gab und gibt, die mit ausreichender Vehemenz die Unterschicht – die neue prekäre Klasse – vertreten. Das hat zu einer dramatisch zurückgehenden Wahlbeteiligung in den Unterschichten in allen betroffenen Staaten geführt. Die Wahlbeteiligung des Bildungsbürgertums und der Oberschicht blieb hingegen unverändert hoch. Die alte Mittelklasse wurde weiterhin durch Teile der Abgeordneten in der SPD und den Unionsparteien oder entsprechenden Parteien in anderen Staaten vertreten. Je größer aber die kulturelle Entfremdung zwischen der alten Mittelklasse und den Parteien wurde, desto mehr entstand ein Vakuum. Die Facharbeiterschaft entfernte sich von der SPD und die

Bauern und Handwerker entfremdeten sich von der CDU. Den Leerraum füllten die rechtspopulistischen Politiker.

Wo es populistischen Kräften gelang, die konservativen Parteien zu übernehmen wie in Großbritannien, in Italien oder derzeit in den USA, konnten sie realem Einfluss auf die Regierungspolitik gewinnen. Auf lange Sicht entfremden sich diese Parteien dann aber von der Neuen Mittelklasse. Deshalb ist es für Trump entscheidend, die Unterschichten zu mobilisieren. Dazu sind die Intellektuellenfeindlichkeit und die Migranteneindlichkeit die entscheidenden Bindeglieder. Denn während sich die Oberschicht und die Angehörigen der Mittelschicht der Migranten meist relativ problemlos in die Mehrheitsgesellschaft integrieren, konkurrieren Migranten ohne Ausbildung direkt mit der prekären Klasse um die Service-Jobs.

Auf der Suche nach einem neuen Paradigma

Der erwähnte Soziologe Andreas Reckwitz stellt dar, dass jede Phase des Kapitalismus ein eigenes zeitgemäßes Paradigma (Weltansicht) hat – verbunden mit einer dominierenden Erzählung, die das politische Handeln prägt – und zwar sowohl das der linken wie der konservativen Parteien. Ein neues Paradigma ist jeweils Ergebnis einer Krise des vorangegangenen Paradigmas. In einer solchen Krise befinden wir uns zurzeit offensichtlich.

Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 setzte sich zuerst in den USA ein sozial-korporatistisches Paradigma durch, das nach dem Krieg auch in Europa dominant wurde. Es war die Antwort auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die wachsenden sozialen und damit auch politischen Probleme im Kapitalismus. Die Bandbreite der Vertreter dieses Paradigmas reichte von Franklin D. Roosevelt und den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten bis zu Konrad Adenauer und De Gaulle. Es war geprägt durch den Ausbau des Sozialstaats (vorwiegend linke Agenda – aber eben auch durch die Konservativen) und durch kulturelle Konformität („was denken bloß die Nachbarn von uns“ – vorwiegend konservative Agenda – aber auch im sozialdemokratischen Milieu).

Dieses Paradigma geriet in den 1960er Jahren in die Krise und wurde dann in den 1980er Jahren durch das Paradigma des apertistischen (öffnenden) Liberalismus abgelöst – von den „Reagonomics“ über New Labour bis zur rot-grünen Regierung in Deutschland um die Jahrtausendwende. Diese Ära war durch den Glauben an Fortschritt und Globalisierung, durch eine liberale und zunehmend unsoziale Wirtschaftspolitik (Neoliberalismus), aber auch durch eine liberale progressive Kultur- und Rechtspolitik geprägt. Die linken und konservativen Parteien vertraten dabei jeweils nur einige Aspekte des Paradigmas, andere lehnten sie ab.

In den Klassengesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg (Adel, Bürgertum, Arbeiter und Bauern) dominierte das aufsteigende Bürgertum, während die Arbeiter nichts zu sagen hatten und sich unterdrückt fühlten und es auch waren. Dagegen basierten sowohl das sozial-korporatistische Paradigma der Nachkriegszeit wie das liberal-apertistische Paradigma ab den 1980er Jahren auf dem Vertrauen und der Hoffnung auf bessere Zeiten: Alle können es schaffen. Wachstum generiert Wohlstand. Dadurch wird es künftig allen besser gehen. Die Welt wird friedlicher und wohlhabender.

Dieser Wachstumsoptimismus ist nun verloren gegangen – zum einen durch die große Finanzkrise und die darauffolgende Euro-Krise, aber auch dadurch, dass der

Klimawandel und damit die Grenzen des Wachstums ins allgemeine Bewusstsein gelangt sind. Es stellt sich nun die Frage, wie das neue Paradigma für die kommenden Jahre aussehen wird.

Das Dilemma des Populismus

Die Rechtspopulisten nutzen die Krise und die Verunsicherung, die durch die große Transformation der Gesellschaft ausgelöst wird, und versuchen die Demokratie als handlungsunfähig zu diffamieren. Sie haben aber keinen Plan, wie die Krise gelöst werden kann. Sie können eine illiberale Demokratie herstellen, in dem sie wie in Polen oder Ungarn die Gewaltenteilung ausschalten und den Öffentlichen Rundfunk kontrollieren oder gar zerstören. Sie können eine Kulturwende gegen die Rechte von Minderheiten, von Frauen, von Einwanderern organisieren. Aber die sozial-ökonomisch-ökologischen Probleme können sie nicht lösen.

Denn die von ihnen geplante Abschottung Deutschlands ist für ein Land, das 50 Prozent seiner Produktion exportiert, eine absurde Vorstellung. Und zum Stoppen der Migration hat der Ökonom und Ungleichheitsforscher Branko Milanovic Entscheidendes gesagt:¹⁸ Relevante Auswanderung findet statt, wenn der Einkommensunterschied größer als 3:1 ist. Der Unterschied zwischen Mitteleuropa und Zentralafrika beträgt aber 13:1. Wenn wir daran nichts ändern, werden weder Mauern noch Meere Menschen davon abhalten, hierher zu kommen. Das muss auch Giorgia Meloni in Italien gerade feststellen. Und eine Remigration von 20 Millionen Menschen wäre nur möglich, wenn man sie umbringt. Außerdem könnten wir ohne Einwanderer unsere Wirtschaft gar nicht mehr aufrechterhalten. Und wer soll die Renten finanzieren? Populistische Regierungen ruinieren deshalb im Ergebnis regelmäßig die Staatsfinanzen trotz massiver sozialer Einschnitte. Sie schädigen die Wirtschaft und zerstören die Wissensökonomie.

Hitler löste das Dilemma des Rechtspopulismus – wie jetzt Putin oder Erdoğan – durch militärische Expansion. Aber das dürfte heute in Mitteleuropa keine Option sein. Putin konnte das Desaster, dass die gebildete Mittelschicht aus Russland flüchtet und die Bildungsökonomie in Russland nicht Fuß fasst, bislang noch ökonomisch durch die gewaltigen Rohstoffvorräte ausgleichen. Diese aber drohen durch die Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft bald wertlos zu werden.

Keiner der Populisten hat daher eine Antwort, wie die globale Transformation im Rahmen einer nationalistischen Agenda bewältigt werden kann. Beinahe komisch – aber eben auch hilflos – klingt deshalb der Vorschlag der AfD im neuen Europa-Programm, Deutschland solle weniger an die EU zahlen. Begründung: Die Berechnungsgrundlage sei falsch, da es in Deutschland zu viele Milliarden gebe. Wenn man deren Vermögen rausrechnet, dann würden die Deutschen viel ärmer sein und müssten weniger abführen.¹⁹ Dass man Milliarden auch besteuern könnte, passt wohl nicht ins Weltbild dieser Nationalisten. Und die Hoffnung, dass ausgerechnet die EU dem reichen Deutschland die Kosten der Transformation bezahlt, ist natürlich nur irrealer Phantasie.

Wie könnte ein neues Paradigma aussehen?

Andreas Reckwitz glaubt, dass das neue Paradigma für unsere künftige Gesellschaft ein regulativer einbettender Liberalismus sein könnte. Ich würde es lieber als Gleichgewichtsparadigma bezeichnen. Denn wir müssen

nach 200 Jahren dynamischem Wachstum – der Bevölkerung, des Energie- und des Ressourcenverbrauchs – die Gesellschaft wieder in ein Gleichgewicht mit dem Planeten und der Natur bringen. Aber egal, wie das neue Paradigma heißt, viel wichtiger ist doch die Frage, was soll es beinhalten?

Im Folgenden habe ich versucht, ein paar Stichpunkte für ein solches Paradigma zu entwerfen. Wie jedes Paradigma hat es drei Dimensionen: Die kulturelle, die materielle (also sozial-ökonomisch-ökologische) und die politische Dimension.

Die kulturelle Dimension:

Die zukünftige Gesellschaft sollte durch den Gedanken des Gleichgewichts anstatt des permanenten Wachstums geprägt sein. Die Menschheit ist Teil eines weltweiten Ökosystems. Daraus ergibt sich eine stärkere Betonung der Lebensqualität statt des Wettbewerbsgeistes. Gegenüber dem Primat des Individualismus soll eine positive Kultur der Gemeinschaft wiederbelebt werden.

Zur positiven Kultur gehört auch ein Selbstbewusstsein, dass wir in der Lage sind, für alle Menschen ein gutes Leben zu gestalten. Durch unseren Erfindungsreichtum können wir die Lebensqualität weiter steigern, auch ohne Wachstum von Bevölkerung und Ressourcenverbrauch. Dazu müssen wir den Pessimismus überwinden, der sich in linksintellektuellen Kreisen weit verbreitet hat. Erst eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung, der positiven Würdigung jeder Arbeit und aller Leistungen kann den Graben zwischen den Klassen auch kulturell einebnen. Dazu muss auch der Begriff „Solidarität“ wieder aufgewertet werden.

Weiterhin brauchen wir eine Rückbesinnung auf den Wert der öffentlichen Güter und der öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Betreuung, Gesundheitswesen, Rente, aber auch Wasser, Wärme, Strom, Internet, Bus, Bahn und last not least öffentliche „gepflegte“ städtische und ländliche Lebensräume sowie die Erhaltung der Natur.

Die sozial-ökonomisch-ökologische Dimension:

Nötig ist ein Wiedererstarren des Sozialstaats, aber auch ein realer Abbau der Ungleichheit. Eine progressive Besteuerung von hohem Einkommen und dem Vermögen der Superreichen soll der Klassenspaltung die Grundlage entziehen. Wenn das nicht gelingt, dann droht uns eine Sanduhrgesellschaft mit einer wachsenden Unterklasse und einer wachsenden neuen Mittelklasse und einer kleinen, aber mächtigen Sahnespitze der Superreichen obendrauf. Dies würde die Demokratie weiter destabilisieren. Denn frustrierte abgehängte Unterschichten sind in allen modernen Demokratien von populistischen Autoritäten gegen die „arroganten“ Akademiker mobilisierbar.

Insbesondere muss die Klimapolitik durch ein wirksames Klimageld zur Kompensation der CO₂-Bepreisung flankiert werden. Denn wenn der Eindruck entsteht, dass Klimapolitik nur den Reichen nützt, die sich Photovoltaik, Elektroautos und Wärmepumpen leisten können, dann wird sie scheitern.

Immer wieder wird die Frage gestellt, ob eine Gleichgewichtsgesellschaft – also die Abkehr vom Wachstum – den Sozialstaat in Frage stellt. Ich denke nicht. Denn wir werden nicht ärmer: Die Rechnungen zum Beispiel des Fraunhofer IWES haben ergeben, dass die Transformation ökonomisch eine rentable Investition mit einer

Rendite von 4 – 7 % darstellt.²⁰ Zudem reduziert die fortschreitende Arbeitsteilung den Bedarf an Arbeitskräften für die Produktion von Waren auf weniger als 20 Prozent. Es können daher künftig eher mehr Menschen als heute im sozialen Sektor tätig sein. Zum Dritten sind moderne Staaten in der Lage, bis zu 50 Prozent und sogar mehr (siehe die erfolgreichen Skandinavien) des BIP umzuverteilen.²¹ Zum Vergleich: Bis zum ersten Weltkrieg hatte die Staatstätigkeit nur einen Umfang von ca. 10 Prozent des BIP. Es gibt keinen Grund, warum dies in einer künftigen demokratisch verfassten Gleichgewichtsgesellschaft nicht möglich sein sollte. Der Sozialstaat kann also nicht nur gut finanziert, sondern auch entsprechend dem Produktivitätsfortschritt ausgebaut werden.

Letztlich braucht das Paradigma auch eine internationale Dimension: Einen Ausstieg aus der Globalisierung kann sich kein Land mehr leisten. Das bedeutet in der Konsequenz: Internationale Regulierung muss anstelle von nationaler Abschottung treten. Deswegen braucht die EU eine neue demokratische Verfassung, um handlungsfähiger zu werden. Nötig ist auch eine internationale Regulierung der Finanzmärkte und der Steuerregeln sowie das Ausschalten der Steueroasen. Dazu bedarf es eines internationalen Steuerabkommens (tax convention). Das Verfahren dazu hat die Vollversammlung der UN bereits gestartet. Leider sind sich die EU-Staaten oft nicht einig und die EU wird immer wieder von einzelnen Mitgliedsstaaten ausgebremst.

Insbesondere hat Europa – und das heißt insbesondere die EU – eine besondere Verantwortung gegenüber Afrika. Achille Mbembe, der zurzeit bedeutendste Philosoph Afrikas, hat eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Europa und Afrika vorgeschlagen – eine Assoziation für Demokratie und Entwicklung. Sie könnte nach dem Vorbild der ursprünglichen EWG gebildet werden. Basis der Mitgliedschaft sollen demokratische Standards sein, die durch ein Gericht geprüft werden und zum Abschluss eines Staates aus der Gemeinschaft führen können. Das bedeutet auch die Abkehr von der paternalistischen Entwicklungshilfe und eine gezielte Struktur- und Entwicklungsförderung durch autonome demokratisch gewählte Regierungen. Ohne Gleichgewicht und einen akzeptablen Mindestlebensstandard in Afrika kann auch Europa nicht ins Gleichgewicht kommen.

Die politische Dimension:²²

Die Demokratie muss 250 Jahre nach Montesquieu endlich gründlich reformiert werden, um wieder attraktiv zu werden. Durch eine Verbindung von Losdemokratie und direkter Demokratie könnten Bürger künftig systematisch in öffentliche Prozesse eingebunden werden. Das besondere an den neuen gelosten Bürgerräten besteht darin, dass hier eine gewichtete Auswahl der Bürger erfolgt, so dass erstmals alle Klassen und Milieus der Gesellschaft repräsentativ beteiligt werden. Jede Person hat eine Stimme, von der Schulabbrecherin bis zur Professorin. Noch besser wäre die Option, solche Bürgerräte durch Volksinitiativen einberufen zu können. Man könnte dann festlegen, dass über Beschlüsse des Bürgerrates, die mit zwei Drittel der Anwesenden verabschiedet wurden, eine Volksabstimmung abgehalten wird, wenn sie nicht vom Parlament befriedigend aufgegriffen werden. So würde aus einem Bürgerrat mit rein beratender Stimme ein Tribunat entstehen, eine neue Institution im Machtgefüge der Demokratie. Und zugleich könnten die Vorbehalte gegen direkte Demokratie aufgehoben werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Bürgernähe wäre eine starke Dezentralisierung (Kommunalisierung) der öffentlichen Aufgaben nach dem Vorbild der Schweiz und der skandinavischen Länder, wo über die Hälfte der Staatsausgaben durch die Kommunen getätigt werden.

Weiterhin sollte die Regierung künftig alle politischen Richtungen repräsentieren (Konsensregierung). Denn der permanente Kampf der Opposition gegen die Regierung beschädigt immer wieder das Vertrauen in die Demokratie und untergräbt die Gewaltenteilung. Die Überparteilichkeit würde der Regierung eine hohe Autorität verschaffen. Dagegen werden die politischen Debatten dadurch ins Parlament und in die Gesellschaft verlagert, wo sie auch hingehören. Die Parteien wären dann nicht mehr Machtapparate zur Regierungsbildung. Das würde eine ständige Weiterentwicklung der Parteiprofile ermöglichen, damit die Parteien die sich verändernde Klassen- bzw. Milieustruktur der Gesellschaft jeweils zeitnah abbilden können.

Diskutiert wird auch, die Gewaltenteilung weiterzuentwickeln. Aufgaben, die nur schwer von der Regierung wahrgenommen werden, weil sie sofort unter den Verdacht des Eigeninteresses gerät, sollten ausgelagert werden in:

- eine Publikative: Medienrat, der autonom die öffentlichen und privaten Medien auf Basis einer Medienverfassung regelt.
- eine Regulative: Steuerung der Wirtschaftsordnung und Kartellbehörde.
- eine Monetative: Zuständig für die Finanzverfassung, in der künftig Beschäftigungspolitik und Geldwertstabilität gleichwertig sind, sowie für die Aufsicht über die Zentralbank, die Banken und die sonstige Finanzwirtschaft (Börsen, Versicherungen, Schattenbanken).

Schließlich bedarf die postkapitalistische Gesellschaft einer neuen Form der Wirtschaftsdemokratie – aufbauend auf dem deutschen Modell der Mitbestimmung, das im Ausland immer wieder als vorbildlich gelobt wird, aber trotzdem in Deutschland zunehmend erodiert.

Exkurs: Migration

Auch wenn die Migration nicht die Ursache der AfD-Zuneigung ist, sondern Folge von Abstiegs- und Zukunftsängsten und des Gefühls mangelnder Anerkennung, so passt das Feindbild Einwanderer doch in die rechtskonservative Agenda. Entscheidend um dem zu begegnen ist daher auch, die Konflikte durch eine reibungslose Integration zu minimieren: Dazu gehören die fünf „so schnell wie möglich“:

1. Deutsch lernen
2. In die Schule oder in den Kindergarten aufnehmen
3. Wohnung finden (raus aus der Massenunterkunft)
4. Arbeit und Ausbildung vermitteln
5. Sicherheit gewährleisten.

Die Umsetzung und der Tipping-Point

Aber was soll ein noch so schön klingendes neues Narrativ für das Paradigma der Gleichgewichtsgesellschaft nützen? Was hilft uns diese vage Perspektive in der aktuellen Auseinandersetzung mit dem Populismus? Denn die Bedrohung durch den Populismus ist heute akut, die Herstellung eines neuen Paradigmas und der Übergang

in die Gleichgewichtsgesellschaft ein Prozess, der länger dauern wird.

In der Wirklichkeit ist das aber kein Widerspruch. Denn die großen gesellschaftlichen Veränderungen sind immer singuläre Ereignisse. Jahrelang passiert nichts, dann kommt ein Tipping-Point wie 1990 oder die Finanzkrise 2007 oder das Auftreten von Fridays for Future. Keines dieser Ereignisse konnte man im Voraus ahnen. Und doch stehen plötzlich viele Optionen offen, an die vorher niemand geglaubt hat.

Einen Tipping-Point kann man nicht herbeiwünschen oder -zaubern. Aber man kann ihn vorbereiten. Wenn er dann kommt, brauchen wir eine Handlungsagenda, über die wir jetzt reden sollten. Gerade die starke Verunsicherung von Teilen der Gesellschaft fordert jetzt alle politisch denkenden und handelnden Akteure dazu heraus, die Situation und die Herausforderungen neu zu reflektieren.

Wann es zum Tipping-Point kommt, wissen wir nicht. Vielleicht ist die Forderung der Jugend nach den Vereinigten Staaten von Europa der Zündfunke für ein neues diesmal europäisches 1848. Aber heute im Vorfeld der künftigen Veränderungen ist das Ringen um ein neues Paradigma selbst schon ein entscheidender Beitrag in der Auseinandersetzung mit dem Populismus. Zum Glück gibt es gute ausgearbeitete Pläne für die Gestaltung der Zukunft. Das unterscheidet uns von 1990, als niemand wusste, was zu tun war: Niemand hatte eine Idee, wie man die sozialistischen ineffizienten Betriebe möglichst unter Beteiligung der Belegschaft in neue konkurrenzfähige Firmen weiterentwickeln könnte, anstatt sie abzuwickeln.

Wenn wir uns rechtzeitig darauf vorbereiten können wir heute dagegen die Debatte um die Zukunft mit Selbstbewusstsein und Optimismus führen.

Wider dem Pessimismus – wir können es gemeinsam schaffen

Was folgt daraus? Wir werden die Menschen nur zurückgewinnen, wenn wir sie ernst nehmen. Arbeiter, Bauern, Pflegekräfte und Erzieherinnen, Postboten und Reinigungskräfte sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Sie brauchen die materielle und ideelle Anerkennung, die sie verdienen. Sie müssen mehr gehört werden. Und wir brauchen mehr Gerechtigkeit! Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für die Superreichen steht auf der Tagesordnung. Damit könnte endlich die nötige Infrastruktur für die Schulen, die Pflege, die Bahn – aber auch das Klimageld für die soziale Gestaltung der Transformation finanziert werden.

Insbesondere müssen wir aus dem Krisenmodus herauskommen. Eine Regierung, die erfolgreich sein will, muss eine positive Vision malen. Die Politik, aber auch die NGOs, die Klimabewegung und schließlich die Medien müssen aufhören, Zukunftspessimismus zu verbreiten, und stattdessen Wege zu einem gemeinsamen solidarischen Zusammenleben propagieren. Wir können den Klimawandel stoppen, wir können die Ungleichheit abbauen. Zugleich muss alles getan werden, um die Einwanderung gut zu managen. Die „Neuen“ müssen so schnell wie möglich Deutsch lernen und Arbeit aufnehmen. Und wir brauchen ausreichend günstige Wohnungen – und zwar für alle!

Aber die wichtigste Botschaft lautet: Auch ohne Wachstum von Bevölkerung und Ressourcenverbrauch können wir die Lebensqualität durch unseren Erfindungsreichtum weiter steigern. Dazu müssen wir unsere

Arme unterhaken und die Herausforderungen gemeinsam in Angriff nehmen.

Über den Autor:

Karl-Martin Hentschel, Dipl. Mathematiker und Autor, ist 1950 in Niedersachsen geboren. Nach dem Studium arbeitete er als Systemprogrammierer, Datenbankmanager und Abteilungsleiter für neue Technologien in einem internationalen Konzern in Hamburg. Von 2000-2009 war er Fraktionsvorsitzender der Grünen in Schleswig-Holstein. Er vertritt Attac e. V. im Vorstand des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

¹ Zu Holger Stienen: <https://jan-kuerschner.de/die-grosste/> am 28.1.2024

Zu Torsten Czuppon:

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-czuppon-geldstrafe-buchenwald-prozess-100.html>

Zu Marcel Grauf, Mitarbeiter der AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Christine Baum und Heiner Merz in BaWü:

<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/371/sieg-heil-mit-smiley-5077.html> (abgerufen am 09.01.2024)

Zu Jens Maier: <https://www.deutschlandfunk.de/richter-und-afd-mitglied-jens-maier-zweifel-an-der-100.html>

² AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Stuttgart 2026, gelesen in https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf am 31.1.2024.

³ Marcel Fratzscher: Das AfD-Paradox und die politische Nähe zu anderen Parteien - Die meisten Überschneidungen gibt es mit der Union. DIW aktuell Nr. 89, September 2023 - gelesen in

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf am 28.1.2024

⁴ Richard Leakey; Roger Lewin: Die Menschen am See. Ullstein 1982

⁵ NDR: #NDRfragt - Ist unsere Demokratie gut genug?

18.351 Teilnehmende, Oktober 2023, gelesen in https://storage.googleapis.com/public.ndrdata.de/ndrfragt/reports/NDRfragt_Umfrage_Demokratie_2023_alle_Ergebnisse.pdf am 31.1.2024

⁶ NDR (Lisa Göllert, Patrick Reichelt): Umfrage: Ohne Wohlstand kaum Zufriedenheit mit Demokratie, 27.11.2023 - gelesen in <https://www.ndr.de/ndrfragt/Umfrage-Ohne-Wohlstand-kaum-Zufriedenheit-mit-Demokratie,demokratie212.html> am 28.1.2024

⁷ Christian Teevs: Die Ampel verliert bei Menschen mit geringen Einkommen. In Spiegel/Politik am 11.4.2024. - gelesen in

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-ampel-verliert-besonders-bei-sozial-schwaecheren-a-b0f4176a-fab3-4f6d-8ced-3853856f795a> am 16.6.2024

⁸ CIA world fact book: gelesen in <https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/exports/country-comparison/> am 31.1.2024

⁹ Karl-Martin Hentschel; Alfred Eibl: Steuer-Revolution - Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. AttacBasisText 59, VSA-Verlag Hamburg 2024

¹⁰ Thilo Albers; Charlotte Bartels; Moritz Schularick: Wealth and its distribution in Germany, 1895-2018. Berlin 8.3.2020, gelesen in: https://econtribute.de/wp-content/uploads/ECONtribute_The_Distribution_of_Wealth_eng_study.pdf am 7.8.2023

Neueste Veröffentlichungen:

Steuer-Revolution - Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. VSA-Verlag

Handbuch Klimaschutz - Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann: Basiswissen, Daten, Maßnahmen. Oekom Verlag

Demokratie für morgen - Roadmap zur Rettung der Welt - Mit einem konkreten Entwurf für ein gerechtes Europa. UVK-Verlag

¹¹ Interview mit David de Jong geführt von Ondřej Bělíček - Übersetzung von Hans Krause:

<https://jacobin.de/artikel/wie-nazi-milliardaere-im-nachkriegsdeutschland-noch-reicher-wurden-braunes-erbe-david-de-jong-interview>

¹² Nils Markwardt: „Es findet eine Verlust-Eskalation statt“. Die Zeit 16.1.2024, gelesen in <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/andreas-reckwitz-soziologie-verlustparadox-liberale-demokratie> am 31.1.2024

¹³ Wissenschaftskommunikation.de: Ein fundamentales Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit und Kontrolle. Gelesen in <https://www.wissenschaftskommunikation.de/ein-fundamentales-beduerfnis-nach-handlungsfahigkeit-und-kontrolle-44187/> am 28.1.2024.

¹⁴ Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Gelesen in <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>

¹⁵ Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen - Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Edition suhrkamp, Berlin 2019

¹⁶ Michael S. Sandel: Vom Ende des Gemeinwohls - Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2020

¹⁷ Thomas Piketty: Kapital und Ideologie. Verlag C.H.Beck, München 2020

¹⁸ Branko Milanovic: Europas Fluch des Wohlstandes. In Makronom 5.7.2028, gelesen in <https://makronom.de/branko-milanovic-migration-ungleichheit-europas-fluch-des-wohlstands-26757> am 1.2.2024

¹⁹ AfD: Europa-Wahlprogramm 2024. Gelesen in https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf am 7.2.2024

²⁰ Hentschel, Karl-Martin/Krenzer, Steffen u. a.: Handbuch Klimaschutz - Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann. Oekom-Verlag München 2020; Fraunhofer IWES: Geschäftsmodell Energiewende. Argument vom Januar 2014. [fraunhofer.de/content/dam/zv/de/forschungsthemen/energie/Studie_Energiewende_Fraunhofer-IWES_20140-01-21.pdf](https://www.fraunhofer.de/content/dam/zv/de/forschungsthemen/energie/Studie_Energiewende_Fraunhofer-IWES_20140-01-21.pdf) gelesen am 7.11.2023; IEK (Institut für Energie- und Klimaforschung): Wege für die Energiewende. Forschungszentrum Jülich vom 31.10.2019; [fz-juelich.de/iek/iek-3/DE/_Documents/Downloads/transformationStrategies2050_studySummary_2019-10-31.pdf](https://www.fz-juelich.de/iek/iek-3/DE/_Documents/Downloads/transformationStrategies2050_studySummary_2019-10-31.pdf) gelesen am 7.11.2023.

²¹ Piketty, Thomas: Kapital und Ideologie. München 2020.

²² Hentschel, Karl-Martin: Demokratie für morgen - Roadmap zur Rettung der Welt. UVK Verlag 2019

Erklärung der VDW-Studiengruppe "Frieden und Europäische Sicherheit" zur Stationierung von konventionellen "Long-Range Fire Deployments" in Deutschland

19. August 2024

Am Rande des NATO-Gipfels in Washington am 10. Juli 2024 haben die Regierungen der USA und Deutschlands in einer bilateralen Erklärung angekündigt, ab 2026 bodengestützte US-Raketen und Marschflugkörper (LRF, Long-Range Fire Deployments) in Deutschland mit unterschiedlichen Reichweiten (460 bis 3.000 km) zunächst zeitweilig, später dauerhaft zu stationieren. Dies soll im Rahmen einer von fünf weltweit verfügbaren Multi-Domain Task Forces (MDTF) der USA geschehen, die über einen Mix von landgestützten SM-6 Raketen, Tomahawk-Marschflugkörpern und Überschallflugkörpern LRHW (Long-Range Hypersonic Weapons) verfügen. Sie sollen vor allem die Fähigkeit Chinas (Anti-access/Area Denial; A2/AD) durchbrechen, den Zugang der USA im Indo-Pazifik zu beschränken, aber auch die "integrierte Abschreckung" der NATO gegenüber Russland verstärken.¹

Die bilaterale Stationierung dieser Systeme wurde von den Regierungen der USA und Deutschlands ohne öffentliche Diskussion vorbereitet und entschieden. Dadurch entstand der Eindruck, dass die Bundesregierung einer öffentlichen Strategiediskussion in Politik und Öffentlichkeit aus dem Weg gehen wollte. Der bloße Hinweis auf eine Fähigkeitslücke im Abschreckungsspektrum reicht nicht aus als Begründung dafür, dass die Bundesregierung auf die US-amerikanische Absicht eingeht, diese Raketensysteme in Deutschland zu stationieren. Denn diese konventionell bestückten Systeme implizieren weitreichende Folgen für die Sicherheit Europas und die globale nuklearstrategische Stabilität und erhöhen die nuklearen Risiken der deutschen Bevölkerung.

Russland verfügt seit vielen Jahren über doppelverwendbare ("dual capable") land-, see- und luftgestützte Trägersysteme kurzer und mittlerer Reichweite, die auch mit konventioneller Nutzlast im Ukraine-Krieg eingesetzt werden. Obwohl der INF-Vertrag im August 2019 außer Kraft getreten ist, blieb seine Definition der Reichweitenbegrenzung für landgestützte Marschflugkörper und ballistische Raketen noch bis 2023 eine konzeptionelle Grundlage für die bilaterale Diskussion zwischen den USA und Russland über ein INF-Stationierungsmoratorium. Auch die NATO-Staaten haben ein großes Arsenal von luft- und seegestützten konventionellen Präzisionsflugkörpern für Angriffe in der räumlichen Tiefe Russlands, nicht aber stationierte landgestützte Marschflugkörper oder ballistische Raketen mit Reichweiten über 300 km hinaus. Modifizierte ATACMS-Raketen werden jedoch in absehbarer Zeit eine Reichweite von 500

km erreichen und somit die der Iskander-Rakete spiegeln. Während die bisherige Begründung der Bundesregierung auf die zahlenmäßige Unterlegenheit hinsichtlich der russischen Raketensysteme konzentriert ist, geht es der US-Armee auf der Grundlage des 2018 herausgegebenen Konzepts "The U.S. Arms in Multi-Domain Operations 2018" um die Implementierung von Optionen mit dem Ziel, im Kriegsfall mit Russland oder China Ziele in der Tiefe des gegnerischen Raums zu zerstören. Damit schaffen sich die USA nolens volens in Europa zusätzlich auch eine Abschreckungs- und Kriegsführungsoption zur Neutralisierung russischer strategischer Basen in West-Russland mit gravierenden Folgen für die globale strategische Stabilität, von der auch die Sicherheit Europas abhängt. Denn die Systeme bedrohen von Deutschland aus auch mit konventionellen Mitteln, teilweise mit sehr kurzen Flugzeiten, auch strategische Ziele, darunter Raketenbasen, in Russland. Die strategische Krisenstabilität wird auf diese Weise verringert, weil die russische Befürchtung, strategische nukleare Einsatzmittel durch Überraschungsangriffe von Europa aus zu verlieren, die Gefahr russischer Fehlperzeptionen und damit präemptiver Fehlreaktionen in Krisensituationen erhöhen wird.

Moskau wird voraussichtlich die neuen amerikanischen Raketeneinheiten in Deutschland als Bedrohung für sein strategisches Nuklearpotenzial interpretieren und die Zahl seiner nuklearfähigen Raketensysteme in Belarus und an seinen Westgrenzen einschließlich Kaliningrad wesentlich erhöhen. Die russische Zielplanung für nuklear bestückbare Mittelstreckensysteme dürfte sich noch mehr als bisher auf Deutschland mit seinen neuen Raketenabschussbasen richten. Als Folge könnten dann Forderungen laut werden, die Mittelstreckensysteme in Deutschland atomar "nachzurüsten". Es stellt sich damit die Frage, ob die Stationierung mit einem konkreten Sicherheitsgewinn für Deutschland verbunden ist oder ob deren Risiken den behaupteten operativen Zugewinn bei weitem übersteigen. Die Dringlichkeit dieser Frage wird dadurch verschärft, dass die Stationierung ausschließlich in Deutschland dem in der NATO verankerten Gebot der Risiko- und Lastenteilung widerspricht und Deutschland singularisiert. Die neue Stationierungsabsicht wurde nicht in der NATO-Gipfelerklärung von Washington vom 10. Juli 2024 erwähnt und stellt die gemeinsame Verantwortung für strategische Entscheidungen in Frage, deren Konsequenzen alle Verbündeten betreffen.

Folgerungen

1. Die Bundesregierung und das Parlament sollten einen substantiellen und ergebnisoffenen Dialog führen und tiefergehend begründen, warum sie auf die US-amerikanische Stationierungsabsicht eingegangen ist. Hier kann eine Anhörung im Parlament oder in Auftrag gegebene Analysen weiterhelfen. Dazu gehören insbesondere eine realistische Bedrohungsanalyse mit einem Vergleich schon vorhandener Fähigkeiten, Fragen der Lasten- und Risikoteilung in der NATO, die überzeugende Erläuterung des strategischen Zwecks und des operativen Konzepts der Stationierung sowie eine Bewertung der Risiken für Deutschland im Rahmen von Szenarienanalysen.

2. Der Bewertung, dass Deutschland aufgrund seiner Rolle als zentrale Drehscheibe für die Verteidigung der Ostflanke der NATO durch russische Raketenysteme schon bisher bedroht war, wird zunächst durch eine erweiterte, integrierte Luft- und Raketenabwehr und in Zukunft u.a. durch die European Sky Shield Initiative (ESSI) Rechnung getragen. Da die MDTF-Planungen für die Stationierung von neuen, bodengestützten Raketen über die Abschreckung hinausgehen können, und je nach Anzahl, Reichweite und Nutzlast der Raketenysteme eine strategische Angriffsfähigkeit einschließen, muss das Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen konzeptionell überarbeitet werden. Insbesondere müssen etwaige operative Zugewinne einer LRF-Stationierung gegen die strategischen Risiken für Deutschland und Europa in einer sich zuspitzenden Krise abgewogen werden. Dies gilt insbesondere für die Absicht, russische Raketenbasen präemptiv zu zerstören.

3. Trotz der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine ist es im deutschen Interesse, rüstungskontrollpolitische Wege auszuloten, um ein ausuferndes "Tit for Tat- Raketenwettrüsten" zu verhindern. Die Bundesregierung sollte das Gespräch mit Washington und Moskau suchen, um einen Ausweg aus einem nun drohenden Stationierungswettlauf zu finden.

4. Trotz dieser Entscheidung sollten die USA und Russland ein INF-Nachfolgeabkommen (INF, Intermediate Range Nuclear Forces) anstreben und verhandeln, bei dem die Stationierung von landgestützten Mittelstreckensystemen in Zukunft ausgeschlossen wird. Ein durch Inspektionen und Notifikationen verifizierbares Abkommen ist nach wie vor ein zentrales Interesse für die europäischen Staaten und Russland. Dabei kann man auf die 1987 vereinbarten und 2019 aufgekündigten INF-Regelungen zurückgreifen.

5. Die Bundesregierung sollte sich gegenüber Washington und Moskau nachhaltig dafür einsetzen, formelle bilaterale Gespräche wiederaufzunehmen, um den New START-Vertrag abermals zu verlängern oder eine Interimsregelung zu vereinbaren.

Prof. Dr. Götz Neuneck, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler für die VDW-Studiengruppe "Europäische Sicherheit und Frieden", <https://vdw-ev.de/ueberuns/studiengruppen/europ-sicherheit-frieden/> .

Die Autoren der Studiengruppe unterscheiden sich in wenigen Einzelaussagen und die Erklärung ist somit kein vollständig autorisierter Konsens.

Anmerkungen

¹ Siehe dazu die detaillierte Analyse des VDW-Studiengruppenmitglieds Wolfgang Richter: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit Wien, 2024. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf>

Dieser Text ist zuerst am 19. August 2024 auf der Website der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW erschienen <https://vdw-ev.de/erklaerung-stationierung-lrf/>

Zur VDW und der Studiengruppe "Europäische Sicherheit und Frieden"

In der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) vernetzen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Disziplinen, die ihre Verantwortung für die Folgen von wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung kritisch reflektieren und mit differenzierter Expertise an der gesellschaftlichen Debatte aktiv teilnehmen. Die Vereinigung hat sich seit ihrer Gründung 1959 stets zu zentralen Fragen der Europäischen Sicherheit geäußert. Die Studiengruppe, der u.a. K.-H. Bläsius, L. Brock, M. Brzoska, H.-G. Ehrhart, U. Finckh-Krämer, H. Ganser, R. Lüdeking, J. Luhmann, H. Misselwitz, K. Raiser, W. Richter, J. Scheffran, M. Staack angehören, beschäftigt sich seit 2017 mit den zentralen Zusammenhängen und Herausforderungen der europäischen und globalen Sicherheit. Damit knüpft sie an die Tradition der VDW auf dem Gebiet der kooperativen Sicherheits- und Friedenspolitik an, in der die Wissenschaft eine besondere Rolle spielte. Bei der Gründung der VDW standen Fragen der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle im Vordergrund, was sich insbesondere in der Göttinger Erklärung von 1957 zur atomaren Bewaffnung sowie der Beteiligung an der internationalen Pugwash-Bewegung widerspiegelt.

Der Klima-Umbruch ist keine Naturkatastrophe!

von Annette Schlemm

Endlich wagt sich mal eine Klimawissenschaftlerin über den Rand ihres Fachgebiets-Elfenbeinturms heraus. Friederike Otto, die vor einigen Jahren bekannt wurde durch ihr neues Fachgebiet der Attributionsforschung (Otto 2019, KnZ 2023) schrieb ein Buch über die Klima-Ungerechtigkeit. Sie schrieb dieses Buch, „um zu zeigen, dass der Klimawandel kein naturwissenschaftliches Problem ist, das mit einer technischen Lösung zu beheben wäre“ (Otto 2023: 95). Sie begründet in diesem Buch vor allem folgende Thesen: Der Klimawandel ist auch vor dem Erreichen der 1,5-Grad-Grenze schon da und hat viele tödliche Auswirkungen. „Der Klimawandel ist kein unverschuldeter Schicksalsschlag, er ist vor allem Unrecht“ (223). Der Klimawandel darf nicht als Ausrede für Politikfehler und weiteres koloniales Verhalten gelten. „Aber die Machtverhältnisse sind das Hauptproblem.“ (251)

In der folgenden Zusammenstellung von Fakten und Zusammenhängen verwende ich auch die von Otto verwendete Literatur und ergänze einiges.

Keine Naturkatastrophen, sondern durch gesellschaftliche Mächte bedingt

„Der Klimawandel ist kein unverschuldeter Schicksalsschlag, er ist vor allem Unrecht“ (223)

Was uns als Extremwetter oder andere lokale und regionale Katastrophen mehr und mehr trifft, sind nicht wirklich Naturkatastrophen, sondern sie sind erstens durch menschliches Tun verursacht. Genauer gesagt: Eine direkte Verursachung ist oft nicht nachweisbar, aber die Wahrscheinlichkeit von Hitzewellen, Dürren, Überflutungen und anderen „Natur“-Ereignissen wird durch die Emission von Treibhausgasen oder anderes menschliches Handeln (im Tun wie im Unterlassen) immer stärker beeinflusst. Zweitens sind die Folgen für uns Menschen abhängig von der jeweiligen Infrastruktur, den Institutionen und auch den sozialen Folgen des (Neo-)Kolonialismus. Je nachdem, wo Menschen wohnen, sind sie den entstehenden Gefahren mehr oder weniger ausgesetzt (exponiert) und sie sind auch unterschiedlich verletzlich (vulnerabel). Lebensort und soziale Lage sowie die gesellschaftlichen Vorkehrungen für oder gegen einen Schutz vor den Gefahren sind hier maßgeblich. Dabei gilt: „Wer Extremereignisse erforscht, schaut wie durch ein Brennglas auf Gesellschaften und beobachtet, wie das Zusammenspiel von Wetter, Klima, Geografie, Information, Kommunikation, Regierungsstrukturen und sozioökonomischen Gegebenheiten zu Katastrophen führt...“ (18).

Friederike Otto nennt diesen Klimawandel auch nicht einfach „menschengemacht“, sondern „kolonialfossil“ (27), so dass deutlich wird, dass die Verursachung nicht durch alle Menschen gleichermaßen erfolgt, sondern sich die Interessen und auch entsprechenden Mentalitäten, die einen ausreichenden Schutz von Menschen, Natur und damit auch Klima behindern, recht deutlich ausmachen lassen. „Wir sitzen nicht alle im gleichen Boot, vor allem nicht, wenn es in Flammen steht.“ (54-55)

Auch die Klimawissenschaft ist diesen Ungerechtigkeiten gegenüber nicht neutral. „Kein einziges Klimamodell der Welt ist in Afrika entwickelt worden und damit

letztlich auch kein einziges für Afrika.“ (276) Und die bekannten Szenarien der Treibhausgasemissionen und globalen Temperaturentwicklung „gehen von hohem Energieverbrauch und kontinuierlichem Wirtschaftswachstum der reichen Länder bis zum Jahr 2100 als Standard aus“ (ebd.). Und diese Szenarien „spekulieren außerdem in einem Ausmaß auf technologischem Wandel, der von der empirischen Literatur nicht gestützt wird“ (Hickel, Slamersak 2020 zit. S. 277). Dies ist für die scheinbar rettende Lösung des Climate Engineering, die seit dem Sonderbericht über die 1,5-Grad des IPCC 2018 propagiert und verstärkt entwickelt wird, ebenfalls festzustellen (Schlemm 2023a).

Wie schlimm ist es schon?

Vor 9 Jahren war in Paris beschlossen worden, die globale Temperaturerhöhung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Jahr für Jahr wurde behauptet, diese Einhaltung sei noch möglich. Der Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) im Jahr 2018 hatte einige Szenarien dafür entwickelt, die ersten beiden hätten entweder eine starke Reduktion des Energieverbrauchs (um 30 Prozent) erfordert oder eine Umkehr zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise oder diese Grenze wäre nur noch einzuhalten, wenn riskante, bisher wenig erforschte Techniken des Climate Engineerings, besonders der Entfernung von CO₂ aus der Luft als sogenannte „Negativemissionen“ zwischen 2050 und 2100 in ziemlich großem Ausmaß funktionieren würden, was eigentlich nicht zu erwarten und auch nicht zu wünschen ist (Schlemm 2023a). Inzwischen sind noch einmal 5 Jahre vergangen. Die globalen Treibhausgasemissionen sind nicht im erforderlichen Maße gesunken und sie müssten inzwischen auch dermaßen schnell sinken, wie es technologisch gar nicht umzusetzen wäre.

Außerdem: wenn das Budget an CO₂-Emissionen so berechnet wird, dass jedem Menschen auf der Erde das gleiche Maß an Emissionen zugestanden wird, haben wir in Deutschland dieses Budget für die 1,5-Grad-Grenze bereits überschritten (Staude 2024). Dies sahen auch eigentlich alle Teilnehmerinnen meiner Vorträge in diesem Jahr so, wo ich üblicherweise danach frage. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen spricht in seiner Botschaft zum Welttag der Meteorologie davon, dass das „Klima kollabiert“ - im Jahr 2023 wurden „alle Klimarekorde gebrochen“ (Guterres 2024). Die Generalsekretärin der Weltwetterorganisation WMO Celesto Saulo sprach angesichts des Berichts der WMO über die Extremwetter 2023 von einer „Alarmstufe Rot“ (WMO 2024). Dass wir uns auch bezüglich anderer Parameter der Naturzerstörung „inmitten eines planetaren Notstands“ befinden, war auch die Aussage des neuen Berichts an den Club of Rome mit dem Titel „Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten“ (Dixon-Declève u. a. 2022).

Der Klima-Umbruch ist längst da, wir brauchen nicht erst auf das vollständige und langjährige Erreichen einer globalen Erwärmung von 1,5 Grad zu „warten“. Die Hoffnung, die in diese Zahl gelegt wird, war schon immer trügerisch. Die Festlegung einer Obergrenze, ob nun 2 Grad oder 1,5 Grad, die jeweils eine Grenze vor dem Überschreiten hin zu einem „gefährlichen“ Klimawandel darstellen sollte, war immer die politische Frage

danach, „für wen es wann gefährlich wird“ (Otto 2023: 22). Wenn man erst den Wert 1,5 Grad als gefährlich ansieht - und so war es ja lange, weil es so beruhigend klang, dass wir noch 10 oder 8 oder 7 Jahre Zeit bis dahin hätten - werden diejenigen übersehen, die bereits bei einer globalen Temperaturerhöhung von knapp unter einem Grad und dann auch bis 1,5 Grad litten und starben. Die massive Hitzewelle im August 2003 in Europa bei „nur“ knapp einem Grad globaler durchschnittlicher Temperaturerhöhung kostete schätzungsweise 70 000 Menschen ihr Leben. Eine Zahl anzugeben ist immer ein Kompromiss: „Die 1,5 Grad sind ein Kompromiss. Ein Kompromiss zwischen Toten, Schäden und Verlusten auf der einen Seite und Profiten aus dem Verbrennen fossiler Brennstoffe auf der anderen Seite“ (Otto 2023: 12).

Friederike Otto beschreibt die für viele zu erwartenden Folgen des Klima-Umbruchs, wie diese bereits jetzt Menschenleben zerstören. Mit der Attributionsforschung, also der Zuordnung der Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse zum Klima-Umbruch, lässt sich inzwischen auch genauer sagen, welche Folgen dem Klima-Umbruch zuzurechnen sind. Im Buch lässt Otto bei jedem der Kapitel, die einzelne Folgewirkungen beschreiben, zu Beginn Menschen sprechen, die unter ihnen zu leiden haben. Denn sie fordert, „dass jede Forschung zu den durch den Klimawandel verursachten Schäden die gelebten Erfahrungen der Menschen zum Ausgangspunkt nehmen muss“ (272).

Hitzewellen

„Es gab mehrere Tage, an denen ich mich nicht erinnern konnte, was ich getan hatte, ich lag einfach auf dem Boden und konnte nicht aufstehen.“ (Hitzebetroffener in Vancouver 2021, zit. S. 31)

Im Juni 2021 schlug „das Biest“, nämlich eine enorme Hitzewelle in Nordamerika und Kanada, zu. In British Columbia, Kanada, starben mindestens 619 Menschen (Philip at al. 2022: 1690). Auch in Washington starben mindestens 196 Menschen und in Oregon 100 an der Hitze (ebd.). In Seattle wurde der bisherige Hitzerekord von 39°C um drei Grad übertroffen. Insgesamt gab es Extremwerte von 49°C, das sind sechs Grad über den bisherigen Rekorden (Overland 2021: 1). Je nach Luftfeuchtigkeit ist die maximale Temperatur, die ein menschlicher Körper längere Zeit aushalten kann 31°C (bei 100 Prozent Luftfeuchtigkeit) bis 38°C (bei 60 Prozent Luftfeuchtigkeit). Bei hoher Luftfeuchtigkeit kann die Haut die Wärme nicht mehr durch Verdunstung „abschwitzen“. Der Hitzetod ist oft nur durch eine statistische Übersterblichkeit zu ermitteln, die Menschen sterben oft leise und fast unbemerkt. Die ermittelten Zahlen sind nur Zahlen, auch die Zahl von dreitausend an Hitze Verstorbenen im Süden Englands von 2022 (ebd.: 230) sagt nichts über den Verlust an Lebenszeit, an Beisammensein mit den Liebsten, über das Leid beim Sterben. In Afrika, wo die Hitze am meisten zuschlägt, werden nicht mal die Hitzerekorde systematisch ermittelt, geschweige denn die Toten (ebd.: 72f.).

Bei der Hitzewelle in Nordamerika sind auch Meeresbewohner massenhaft gestorben und es wurden sehr große Waldbrände ausgelöst. Es wurde gezeigt, dass Treibhausgase der Hauptgrund für einen weiteren langfristigen Anstieg der durchschnittlichen Tageshöchsttemperaturen im Westen Amerikas sind und weiter sein

werden (Wang et al. 2022). Die Hitzewelle von 2021, zusammen mit der sibirischen Hitzewelle von 2020, sind „möglicherweise Beispiele für das Überschreiten eines kritischen Zustands der großräumigen atmosphärischen Zirkulationsvariabilität“ (Overland 2021: 1). Ohne den Klimawandel wäre solch eine enorme Hitze gar nicht möglich gewesen. Es wurde festgestellt, „dass eine solches Hitzewellenereignis ohne den vom Menschen verursachten Klimawandel mindestens 150-mal seltener auftreten würde“ (Philip at al. 2022: 1690).

An den Hitzewellen ist die Wirkung der Treibhausgasemissionen am direktesten zu spüren. Hitzewellen verändern sich aufgrund des Klimawandels auch stärker als andere Wetterphänomene (Otto 2023: 15). Schon jetzt ist extreme Hitze durch den Klimawandel fünfmal wahrscheinlicher als vor der Industrialisierung (ebd.: 36).

Niederschläge und Überflutungen

„Dass die Warnkette nicht funktionierte, dass die eine Kommune lange nicht wusste, wie überflutet die andere schon war, dass keine Sirenen losgingen und die Anwohner zu lange ahnungslos waren – das war politisches und behördliches Kollektivversagen.“ (zur Überflutung des Ahrtals 2021, zit. 229)

Bei den Niederschlägen sind im Unterschied zu Hitzewellen „eher langsam ablaufende Prozesse dazwischengeschaltet [...], die den Kreislauf des Wassers zwischen Ozean, Atmosphäre und Festland regulieren“ (ebd.: 36). Bei der Katastrophe im Ahrtal fanden die Extremniederschläge im Zusammenhang mit einem Tiefdruckgebiet statt, das sich nur sehr langsam bewegte (Kreienkamp 2023: 2). Warme und sehr feuchte Luft wurde aus dem Mittelmeergebiet nach Deutschland bewegt. Warme Luft kann viel mehr Wasser aufnehmen. Im Ahrtal spielte auch eine Rolle, dass Drainagerohre zur Entwässerung an den Hängen verstopft waren (Otto 2023: 236).

Der Klimawandel mit einer schon erreichten globalen Temperaturerhöhung um 1,2 Grad führt dazu, dass sich die Intensität eines derartigen Regenereignisses um bis zu 19 Prozent erhöht. Und auch die Wahrscheinlichkeit eines solchen heute noch als extrem bezeichneten Niederschlags ist um bis das Neunfache angestiegen (Kreienkamp et al. 2023: 1). Bei der Flut im Ahrtal starben über zweihundert Menschen. Mit einem funktionierenden Warnsystem hätten es viel weniger sein können. Dass diese immer notwendiger werden, zeigt die Aussage: „Wenn also die Flutkatastrophe unter unseren jetzigen Klimabedingungen statistisch gesehen einmal in 500 Jahren auftritt, wäre sie ohne den Klimawandel bis zu neunmal seltener und käme nur etwa all 4500 Jahre vor.“ (234)

Dürren

„Ich hoffe, dass der Tag Null nie kommt, aber ich sehe, mit den Menschen, die hierherkommen wollen, und in deren Verzweiflung, deren Sehnsucht nach Wasser, dass wir bald erkennen werden, dass Wasser wertvoller ist als Öl“ (während der dreijährigen Dürre in Kapstadt: zit. in Otto 2023: 109).

Auch in Deutschland haben wir mittlerweile langjährige Dürren erlebt, die den Wäldern und der Landwirtschaft große Probleme gebracht haben. Auch hier gab es in vielen Regionen Einschränkungen der Wassernutzung. Die südafrikanische 4-Millionen-Stadt Kapstadt stand ab 2015 kurz davor, dass kein Wasser mehr aus den Wasserleitungen kommt (Otto 2023: 110f.). In einem Klima, wie es 2017 vorlag, würde sich eine solche Dürre nur einmal in dreihundert Jahren ereignen (ebd.: 119) – im jetzigen Klima ist eine Trockenheit schon dreimal wahrscheinlicher geworden und bei 2 Grad globaler Erwärmung wird sie noch dreimal wahrscheinlicher (ebd.: 120). Die Kapstädter Stadträtin Xanthea Limberg hatte gesagt, dass „es nicht praktikabel ist, Milliarden von Rand für die Möglichkeit einer Dürre, die vielleicht nicht eintritt“ (zit. S. 127) zurückzulegen. Inzwischen ist klar, dass die Kosten der Dürre (181 Milliarden US-Dollar) die Kosten von Vorsorgemaßnahmen (70 Millionen US-Dollar) weit übersteigen (ebd.). Auch hier zeigt sich die soziale Komponente der „Natur“-Katastrophe deutlich: Erstens nutzen die Verantwortlichen den Klimawandel, um von eigenen Fehlentscheidungen abzulenken (ebd.: 128) und zweitens tragen die Armen die Folgen, die sich keine Brunnen in die eigenen Gärten bohren lassen können wie es die Reichen tun.

Hunger

„Hier ist nichts. Ich habe kein Land, also kann ich nichts anbauen. Wir leben von wilden Knollen wie Fangitse und dem roten Kaktus im Wald. Wir haben alles verkauft, einschließlich der Löffel. Ich habe nichts mehr, und das tut weh.“ (Ein Mensch aus Madagaskar, zit. S. 145)

Dürren sind wohl die häufigste Ursache dafür, dass nicht so viele Nahrungsmittel geerntet werden können, wie für die Versorgung notwendig wären. Das Dürrierisiko ist vor allem im Mittelmeerraum, im westlichen Amerika, im Nordosten Südamerikas, in Zentral- und Ostasien, in Südaustralien sowie in Teilen des zentralen, westlichen und südlichen Afrikas gestiegen (Otto 2023: 118, vgl. IPCC 2021: 1513ff.). Friederike Otto schreibt dazu: „Diese Dürren betreffen häufig Regionen, die vor allem Weizen und Soja anbauen und damit zu den wichtigen *bread baskets*, den Brotkörben der Welt, gehören.“ (117) Dabei verschlechtert sich die Nahrungsmittelversorgung auch bei vergleichsweise kleinen Änderungen im Dürrierisiko überproportional stark (ebd.: 138). In Lesotho starben zwischen 2008 und 2014 ungefähr 10 000 Kinder an Unterernährung; damit ist Hunger die Ursache von einem Viertel der gestorbenen Kinder in dieser Zeit (African Union Commission 2016: iv). Fast fünfzig Prozent (45,1 Prozent) aller Menschen im arbeitsfähigen Alter leiden unter Wachstumsverzögerungen aufgrund von Hunger innerhalb ihrer ersten fünf Lebensjahre (ebd.: v).

Hunger ist neben der Hitze wohl die spürbarste Folge des Klima-Umbruchs, was ein sowieso schon vorhandenes Problem noch einmal verstärkt. „Etwa zwei Milliarden Menschen leiden weltweit regelmäßig darunter, dass für sie gute Ernährung knapp wird. Schwankungen im Wetter spielen dabei eine wichtige Rolle, sie beein-

flussen etwa ein Drittel der instabilen landwirtschaftlichen Erträge, was sich global darauf einwirkt, wie teuer Nahrungsmittel sind.“ (Otto 2023: 133)

Auch hier wirkt jedoch *nicht nur* das veränderte Klima ein. In Madagaskar wurde für den Süden Madagaskars 2022 die erste „Klimahungersnot“ ausgerufen (vgl. UN News 2021). Es heißt: „Mehrere Dürrejahre haben die Menschen in den ländlichen Gemeinden gezwungen, sich von Heuschrecken, Früchten und Kaktusblättern zu ernähren, weil sie keine Süßkartoffeln, Tomaten und andere Feldfrüchte anbauen oder ernten konnten“ (ebd.). Es fielen nur ca. 60% des üblichen Niederschlags. Außerdem gab es in dieser Zeit einen hohen Schädlingsbefall (Harrington et al. 2022). Zu dieser Reduzierung des Niederschlags kommt eine Studie (ebd.) jedoch zu dem Schluss, dass sie zur natürlichen Variabilität¹ des Klimas in dieser Region gehört und (noch) nicht durch den Klimawandel bedingt sein dürfte. Die Ursache für die auf die Niederschlagsreduzierung folgende Hungersnot dürfte vor allem darin liegen, dass die vorherrschende Subsistenzproduktion stark von solchen Veränderungen beeinträchtigt wird und die Menschen, die sowieso auch extrem arm sind, besonders vulnerabel (verletzlich) gegenüber solchen Variationen sind.

Brände

„Ich hatte Angst um mein Leben [...]. Ich musste das Gebiet verlassen, weil wir in Golden keine Unterkunft, keine Abkühlung oder Abhilfe fanden. Zwölf Stunden musste ich durch die Waldbrände fahren, damit ich die Küste erreichte, nur um festzustellen, dass [...] keine Unterkünfte für Obdachlose oder Behinderte verfügbar sind.“ (Betroffener der Hitze- und Brandkatastrophe in Kanada 2021, zit. S. 31)

Wenn Hitzewellen mit Trockenzeiten zusammenkommen, ist die Brandkatastrophe nicht weit entfernt (Otto 2023: 79). Das schon erwähnte „Biest“, d.h. die Hitzewelle Ende Juni im Nordwesten Amerikas und Kanadas, brachte auch verheerende Brände mit sich. Der Ort Lytton brannte völlig ab.

Auch 2023 wüteten Tausende Brände monatelang, Zehntausende Menschen mussten fliehen. Eine Fläche wie die Hälfte der Landesfläche von Deutschland verbrannte! (Steininger 2023) Auch hier wird nicht nur der Klimawandel verantwortlich gemacht, sondern auch eine verfehlte Forstwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten (mit Monokulturen und zu wenig Prävention). Aber der Klimawandel wird als der Faktor benannt, der das, woran man bisher auch schon gewohnt war, völlig außer Kontrolle brachte.

Die vielen Brände als Folgen des Klimawandels verschärfen durch das aus den verbrannten Pflanzen freigesetzte Kohlendioxid die Ursachen des Klimawandels selbst. Wenn wir davon sprechen, dass das Pflanzen von Bäumen gegen den Klimawandel helfen könnte, schwimmen uns alle Felle davon, wenn die Bäume selbst durch den Klimawandel kaputt gehen. Aus Deutschland kennen wir die durch die Trockenheit zusätzlich wachsende Gefährdung der Wälder durch die Borkenkäfer. Neu wachsende Bäume brauchen einige Jahrzehnte, ehe

¹ Variabilität bedeutet, „auch wenn die durchschnittliche Regenmenge in etwa gleichbleibt, so fallen einzelne Jahre eben doch deutlich feuchter oder auch trockener aus“ (Otto 2023: 257)

sie wirklich größere Mengen an Kohlenstoff binden können. Der wegen den Feinstaubanteilen giftige Rauch durch die Waldbrände zieht auch über viele Regionen hinweg.

Auch Australien kennt viele Feuer, jedoch stellt eine Studie in Bezug auf die Brände von 2019-2020 fest, „dass der Klimawandel zu einem höheren wetterbedingten Risiko einer solchen extremen Feuersaison geführt hat“ (van Oldenborgh et al. 2021). Allein die Wahrscheinlichkeit extremer Hitze hat sich durch den Klimawandel verdoppelt. Wenn dann noch Trockenheit hinzukommt, ist die Lunte für Brände gelegt. Das Risiko für ein solches Feuerwetter ist durch den Klimawandel in Australien schon um 30 Prozent gestiegen. In Australien praktiziert man auch das kontrollierte Abbrennen, aber das Zeitfenster, in dem das sicher möglich ist, ist kleiner geworden. Friederike Otto schreibt allgemein zur Wahrscheinlichkeit von solchen Bränden: „Ein extrem hoher Feuerwetterindex, der im heutigen Klima etwa alle 10 Jahre vorkommt, würde sich ohne Klimawandel nur einmal in 20 Jahren einstellen, und eine Waldbrandwetter-situation wäre ohne Klimawandel nur alle 500 Jahre zu erwarten.“ (Otto 2023: 186)

Führt das alles zu Flucht und Migration?

„Das Schlimmste daran, ein Flüchtling zu sein, ist es, dass man eines Morgens aufwacht und man alle Freiheiten verloren hat und man sein eigenes Leben nicht mehr bestimmen kann.“ (UNHCR o.J.)

Über 38 Prozent der Weltbevölkerung leben in (Trocken-)Gebieten, die unverhältnismäßig stark anfällig und betroffen sind von den Auswirkungen des Klimawandels (Thalheimer et al. 2021: 2, vgl. bei Otto 2023: 167). Schon bei kleinen Veränderungen der Niederschlagsmenge und -häufigkeit sowie der Temperatur sind ihre Produktions- und Lebensweisen gefährdet. Dabei spielen nicht nur diese Faktoren einzeln eine Rolle, sondern die Menschen dort sind sog. „Kaskadenrisiken“ ausgesetzt. Das sind „räumlich zusammenwirkenden Risiken, mehrere zusammenwirkende Gefahren am selben Ort“ (ebd.: 5). Dazu gehören auch soziale Risiken im „Zusammenspiel von sozioökonomischer Vulnerabilität, Folgen von Extremwetter und schwelenden ethnischen Konflikten“ (Otto 2023: 165). Über die Folgen des Klimawandels durch die Veränderungen der „Natur“ hinaus, gilt er auch als Katastrophenmultiplikator (Schlemm 2016, Schlemm 2018: 18). Konfliktkonstellationen um Nahrung, Wasser, die Migration selbst und auch durch Stürme und Fluten verursacht führen zu einer allgemeinen Destabilisierung der Gesellschaften (WGBU 2007: 172).

Eine Erhöhung der global-durchschnittlichen Temperaturerhöhung von 1,5 Grad auf 2 Grad wird die Anzahl von Menschen, die diesen Risiken ausgesetzt sind, verdoppeln, bei 3 Grad sind alle Menschen dieser Erde betroffen (Thalheimer et al. 2021: 5). Schon jetzt ist die Zahl der Binnenflüchtlinge in der Sahelzone schon auf 2,2 Millionen gestiegen (Otto 2023: 165). In Befragungen von 9700 ländlichen Haushalten in der südlichen Sahara geben 23% der Befragten an, dass sie durch Umweltveränderungen bereits in irgendeiner Form von Migration betroffen waren (Wiederkehr et al. 2018: 11).

Allerdings zeigen empirische Studien, „dass der Klimawandel nicht systematisch zu einer Massenmigration

von Afrika nach Europa und auf andere Kontinente führen wird“ (Borderon et al. 2019: 528, vgl. Otto 2023: 166). Warum nicht? Die üblichen Treiber für Migration wie Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit und Konflikte sind durchaus vorhanden – aber die allermeisten betroffenen Menschen in Afrika sind zu arm, um weit zu fliehen. Ein „großer Teil der afrikanischen Bevölkerung“ verfügt „nicht über ausreichende Ressourcen [...], um mobil zu sein“ (ebd.). Es ist ihr Mangel an materiellen und finanziellen Ressourcen, der sie „gefangen“ hält in Gebieten, in denen sie immer mehr den katastrophalen Folgen des Klima-Umbruchs ausgesetzt sind. Viele müssen ihre Lebensorte verlassen, aber sie schaffen es lediglich, kurze Entfernungen zurückzulegen (ebd.: 530).

Diese „Falle“ schützt wieder einmal jene Regionen der früh industrialisierten Länder, also „uns“, davor, mit den Folgen unserer viel zu verzögerten Senkung der Treibhausgasemission konfrontiert zu werden. Die Menschen kämpfen um ihr Leben und sterben „ganz weit weg“, wie es immer schon war...

Was tun?

Friederike Ott sieht die Ursache für die gefährliche Lage in „unserem globalen Wirtschaftssystem“ (65), so dass sie einen „Systemwechsel“ (59) als notwendig ansieht. Auch der neue Bericht an den Club of Rome mit dem Untertitel „Ein Survivalguide für unseren Planeten“ (Dixxon-Declève u. a. 2020) stellt fest, dass wir uns „inmitten eines planetaren Notstands“ befinden und wir als Menschheit fünf Kehrtwenden vollziehen müssten. Die wichtigsten sind gar keine technischen Veränderungen, sondern ein Ende der Armut auf der Erde und die Beseitigung der eklatanten Ungleichheit. Demnach kann es „ohne eine Verringerung der Ungleichheit keine nachhaltige Zukunft geben: Die Menschen in den reichsten Ländern sind für die Umweltschäden auf der Erde überproportional verantwortlich“ (ebd.: 108). Damit verbunden ist es, „die schnellste wirtschaftliche Transformation der Geschichte“ (ebd.: 19) zu vollziehen.

Friederike Otto sieht weniger die Unmöglichkeit dieses Vorhabens angesichts kolonialfossiler und kapitalistischer Gegenmächte und verunmöglichenden Strukturen, sondern: „Der Klimawandel ist keine Katastrophe, wegen der wir den Kopf in den Sand stecken müssten, sondern Anlass, gemeinsam Dinge zu ändern.“ (Otto 2023: 295) Das Gemeinsame ist ihr sehr wichtig. Wunderschön finde ich die folgende Antwort auf die Frage: **„Was kann eine Person schon tun?“ - „Hör auf, eine einzelne Person zu sein!“** (ebd.).

Mindestens seien „die Lasten des Klimawandels und seiner Auswirkungen gerecht und auf alle Teile einer Gesellschaft“ zu verteilen (ebd.: 244). Es geht aber auch darum, die „kolonialfossile“ Strukturen zu beenden. Dazu gehört eine Veränderung „unserer“ Mentalität: Auch das „Gefühl der Unverwundbarkeit“ und „die Anspruchshaltung für Privilegien“ sind „unzutreffende Denkfiguren als kolonialen Zeiten“ (ebd. 245). Entkolonialisierung bedeutet, „gesellschaftliche Strukturen, Gesetze, Arbeitsabläufe und andere Sozialisationsmotoren nach kolonialistischen und rassistischen Prägungen“ zu durchforsten“ (245). Friederike Otto fordert „neue Narrative, die nicht an das tradierte Verständnis von Gerechtigkeit angepasst sind und zudem ungleich attraktiver wirken, sodass sich alle Menschen darauf einlassen können...“ (ebd.: 250-251).

Dazu gehört es auch, von der individuellen Schuldzuschreibung („Deine Treibhausgasemission ist zu groß“) zu gesellschaftlicher Verantwortung kommen.

Dabei entsteht aber die Frage, Verantwortung durch wen wofür? Können wir angesichts der derzeitigen Entscheidungsbefugnisse überhaupt über die Produktionsprozesse, die maßgeblich zur Übernutzung der Natur und des Wachstums der Treibhausgasemissionen führen, eine Verantwortung zu übernehmen? Verantwortung kann man nur für das übernehmen, was man auch beeinflussen kann, worüber man (mit)bestimmen kann. Dass sich nicht nur auf der Seite der Konsumtion (die eh wenig Einfluss auf die Produktion hat, solange die nur dem Kapitalakkumulationszwang unterliegt, siehe Schlemm 2023b) etwas ändern muss, sondern primär in der Produktion, wird auch im letzten Bericht des Weltklimarats 2022 betont. Im dritten Teil des IPCC-Berichts von 2022 über die Minderung der Treibhausgasemissionen werden „disruptive Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur“, eine „Koordinierung der gesamten Wertschöpfungskette“ und insgesamt „transformatorische Änderungen der Produktionsprozesse“ (IPCC 2022) gefordert. Aber wer entscheidet überhaupt über die Produktionsweise? Was bestimmt denn überhaupt, ob der mögliche Nutzen für Menschen unter Beachtung ökologischer Grenzen oder der Profit darüber entscheidet was und wieviel produziert wird? Diese Frage ist eine Neuauflage der Klassenfrage, die *ökologische Klassenfrage*. Wer die wichtigsten Produktionsmittel besitzt, entscheidet; die Lohnabhängigen sind existenziell abhängig von Arbeitsplätzen und auch die Versorgung läuft in den früh industrialisierten Ländern nur noch über diese profitorientierten Strukturen. „Hinter“ dem kapitalistischen Klassen- und Naturverhältnis sind auch noch koloniale, rassistische, patriarchale Mentalitäten, Institutionen und Strukturen wirksam, sie verdecken oft die treibende Dynamik der Kapitalakkumulation in unserer Zeit. Aber keine moralische Gerechtigkeitsdebatte wird ausreichen, um mit dieser Dynamik zu brechen, sie kann aber ein erster Schritt sein, ein Interesse an diesen Fragen zu entwickeln.

Dass Friederike Otto als Naturwissenschaftlerin und Wissenschaftsphilosophin überhaupt die Frage der Klima-Ungerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Buches stellt, ist ein enormer Fortschritt.

"Da in diesem Artikel sehr viele schlimme Fakten und Zusammenhänge dargestellt werden, könnten einige Menschen stark darunter leiden. Für den Umgang damit empfehlen wir den im Artikel angesprochenen Rat "Hör auf, eine einzelne Person zu sein". Wer fachliche Beratung in Anspruch nehmen möchte, kann sich gerne an die Psychologists for Future (<https://www.psy4f.org/wenden>)."

Quellen

African Union Commission (2016): „The Social and Economic Impact of Child Undernutrition on Lesotho Vision 2020“. UNICEF: <https://www.unicef.org/esa/sites/unicef.org/esa/files/2019-04/Cost-of-Hunger-in-Lesotho-%282018%29.pdf> (abgerufen 2024-04-19).

Borderon, M.; Sakdapolrak, P.; Muttarak, R.; et al. (2019): „Migration influenced by environmental change in Afrika: A systematic review of empirical evidence“. In: *Demographic Research*, 41, 491-544.

Dixxon-Declève, Sandrine; Gaffney, Owen; Ghosh, Jayati; Randers, Jørgen; Rockström, Johan; Stoknes, Per Espen (2022): *Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“*. München: oekom.

Guterres, António (2024): „United Nations Secretary – General’s Message for World Meteorological Day, 23 March 2024.“ WMO <https://wmo.int/files/united-nations-secretary-generals-message-world-meteorological-day-2024> (abgerufen 2024-04-19).

Harrington, Luke J.; Wolski, Piotr; Pinto Izidine et al. (2022): „Limited role of climate change in extreme low rainfall associated with southern Madagascar food insecurity, 2019-21“. In: *Environmental Research: Climate* 1:2, 30.12.22.

IPCC (2018): *1,5°C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C*

IPCC (2021): *IPCC-Sachstandsbericht AR6, Arbeitsgruppe I: Climate Change 2021. The Physical Science Basis.*

IPCC (2022): *IPCC-Sachstandsbericht AR6, Arbeitsgruppe III: Minderung des Klimawandels.*

Klimanotstands-Zentrum Jena (2023): *Was können wir über den Einfluss des Klimas auf Wetterereignisse wissen? Eine Handreichung vom Klimanotstands-Zentrum Jena im Unwetter-Jahr 2023. Klimanotstands-Zentrum: https://klimazentrum-jena.de/wp-content/uploads/2024/03/2023_Attribution_A5.pdf* (abgerufen 2024-04-21).

Kreienkamp, Frank; Philip Sjoukje Y.; Tradowski, Jordis S. et al. (2023): „Attribution of the heavy rainfall events leading to severe flooding in Western Europe during July 2021“. In: *Climate Change* 176, Juni 2023. <https://www.worldweatherattribution.org/wp-content/uploads/Scientific-report-Western-Europe-floods-2021-attribution.pdf> (abgerufen 2024-04-20).

Otto, Friederike (2019): *Wütendes Wetter. Auf der Suche nach den Schuldigen für Hitzewellen, Hochwasser und Stürme*. Berlin: Ullstein.

Otto, Friederike (2023): *Klimaungerechtigkeit. Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat*. Berlin: Ullstein.

Philip, Sjoukje Y.; Kew, Sahra F.; Otto, Friederike E.L. et al. (2022): „Rapid attribution analysis of the extraordinary heat wave on the Pacific coast of the US and Canada in Juni 2021“. In: *Earth System Dynamics* 13:4, Dezember 2022: <https://esd.copernicus.org/articles/13/1689/2022/esd-13-1689-2022-discussion.html> (abgerufen 2024-04-20).

Schlemm, Annette (2016): „Migration und Flucht im Kapitalismus.“ In: *Philosophenstübchen: <https://philosophenstuebchen.wordpress.com/2016/03/20/migration-im-kapitalozaen/>* (abgerufen 2024-04-21).

Schlemm, Annette (2018): *Schaffen wir das? Solidarität gegen globale Apartheid*. Osnabrück: Packpapier-Verlag.

Schlemm, Annette (2023a): *Climate Engineering. Wie wir uns technisch zu Tode siegen, statt die Gesellschaft zu revolutionieren*. Wien: mandelbaum verlag.

Schlemm, Annette (2023b): *Woher kommt der Wachstumszwang im Kapitalismus? Oder: Warum die Wachstumsdynamik unauflöslich mit dem Klassencharakter des Kapitalismus verbunden ist*. In: Ulrich Ruschig u.a. (Hg.): *Kapital und Natur. Ein Widerspruch – nicht auflösbar, profitabel gemacht, die Erde zerstörend*. Köln: PapyRossa. S. 107-117. (Vortrag auf der Tagung „Der Widerspruch zwischen dem Kapital und der Natur“ vom 10.-11. Juni 2022 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg).

Stauda, Jörg (2024): „Deutschland lebt überm Budget für 1,5 Grad.“ In: *klimareporter*: <https://www.klimareporter.de/deutschland/deutschland-lebt-ueberm-budget-fuer-1-5-grad> (abgerufen 2024-04-19).

Steininger, Alexander (2023): „Warum brennt Kanada so heftig?“. 28.08.2023. *tagesschau*: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/waldbraende-kanada-klimawandel-100.html> (abgerufen 2024-04-20).

Thalheimer, Lisa; Williams, David S.; Geest, Kees van der et al. (2021): „Advancing the Evidence Base of Future Warming Impacts on Human Mobility in African Drylands“. In: *Earth's Future* 9:10, 24.9.21.
UNHCR (o.J.): „Was sie mitgenommen haben.“ In: *UNHCR*: <https://www.unhcr.org/dach/de/was-sie-mitgenommen-haben> (abgerufen 2024-04-21).

UN News (2021): „WFP: Madagascar families facing world's first potential change famine“. 7.10.21. United Nations: <https://news.un.org/en/audio/2021/10/1103682> (abgerufen 2024-04-20).

van Oldenborgh, G. J., Krikken, F., Lewis, S., et al. (2021): „Attribution of the Australian bushfire risk to anthropogenic climate change“. *Nat. Hazards Earth Syst. Sci.*, 21, 941–960, <https://doi.org/10.5194/nhess-21-941-2021>, 2021.

Wang, Chunzai; Zheng, Jiayu; Lin, W. et al. (2021): „Unprecedented Heatwave in Western North America during Late June 2021: Roles of Atmospheric Circulation and Global Warming.“ In: *Advances in Atmospheric Sciences* 40, Juli 2022, S. 14-28. Researchgate: https://www.researchgate.net/publication/362175778_Unprecedented_Heatwave_in_Western_North_America_during_Late_June_of_2021_Roles_of_Atmospheric_Circulation_and_Global_Warming (zuletzt abgerufen 2024-04-17).

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ((2007): „Sicherheitsrisiko Klimawandel.“ *WBGU*: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/archiv/wbgu_jg2007.pdf (abgerufen 2024-04-21)

Wiederkehr, C.; Beckmann, M.; Hermans, K. (2018): „Environmental change, adaptation strategies and the relevance of migration in Sub-Saharan drylands.“ In: *Environmental Research Letters*, 13(11), 113003.

WMO (World Meteorological Organization) (2024): „Climate change indicators reached record levels in 2023: WMO“. *WMO*: <https://wmo.int/news/media-centre/climate-change-indicators-reached-record-levels-2023-wmo> (abgerufen 2024-04-19)

Kontakt:

E-Mail: contact@zw-jena.de

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Annette_Schlemm

Copyright: Creative Commons CC BY-SA 4.0

Impressum

BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

Gegründet: 1980 von Werner Mittelstaedt

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt (Beratung und Schlussredaktion)

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Heinrich-Dreyer-Straße 1, 27798 Hude

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: Überwiegend zwei Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

Zukunftsdenken erneuern Lehren aus dem Dubai Zukunftsforum 2023

von Roland Benedikter

Ende November fand in Dubais „Museum der Zukunft“ das zweite Weltzukunftsforum statt. Es ist das jährlich größte Treffen von Zukunftsexperten der Welt mit mehr als 2500 Teilnehmern aus 100 Ländern von 100 Institutionen. Die Themen reichten von neuen Technologien über die Revolution in der Landwirtschaft bis zum Welt- und neuen Kulturhaltungen. Der Politikwissenschaftler, Soziologe und Zukunftsforscher Roland Benedikter nahm daran teil und berichtet über die wichtigsten Eindrücke.

Was war das zentrale Thema der Konferenz?

Wie wir Zukunft nicht mehr linear als Nacheinander, sondern als Pluralität gleichzeitig präsenter Potentiale denken können. Es geht darum, Zukunftsentwicklungen frühzeitig zu erkennen und voneinander zu unterscheiden – auch, um sie dann situationsgerecht an den richtigen Stellen für sinnvollen sozialen Gebrauch zusammenzufügen.

Wie soll das gehen?

Wir müssen berücksichtigen, dass es in den kommenden Jahren immer mehr Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Zukunftsvorstellungen von Menschen und intelligenten Maschinen wie Chatbots und Künstlicher Intelligenz geben wird. Diese Unterschiede sollten wir weder über- noch unterschätzen, sondern als wertvoll erachten. Sie sollten uns zum Beispiel dazu führen, den Einsatz neuer Technologien wie Chatbots im Bildungsbereich sehr genau zu durchdenken. Das hat neben der Dubai-Konferenz etwa auch der jüngste Weltbildungsbericht (Global Education Monitoring Report) der UNESCO „Technologie in der Erziehung: Zu welchen Bedingungen?“ vom November 2023 unterstrichen.

Was würde zu einem neuen Zukunftsdenken dazugehören?

Als erstes die positiv-kritische Selbsterforschung bestehender Zukunftsentwürfe. Angesichts der vielen Umbrüche der jüngsten Jahre, die uns Ängste und Hoffnungen gemacht haben, sollten wir uns jetzt fragen: Was hoffen wir – wirklich? Wovor fürchten wir uns – wirklich?

Wozu soll das gut sein?

Am Anfang antworten die meisten von uns sehr allgemein auf diese zwei einfachen Fragen. So zum Beispiel mit der Angst vor den Kriegen oder der Furcht vor der Klimakrise. Oder dass die Menschen in unseren Wohlstandsgesellschaften zu wenig Kinder kriegen. Zukunft ist letztlich etwas sehr Intimes, das lassen wir lieber an der Oberfläche. Wenn wir aber weiterfragen und uns dabei in einem Vertrauensprozess füreinander öffnen, können wir unsere eigentlichen Ängste und Hoffnungen entdecken. Diese liegen tiefer, sind oft sehr persönlich und weichen von den üblichen ab. Sie sind uns aber oft selbst gar nicht vollends bewußt.

Aber sie treten hervor, wenn wir uns gegenseitig helfen, sie zu verstehen.

Dann sind wir plötzlich überrascht von den wirklichen Antworten, die wir geben. Und das berührt uns. Damit entsteht ein gemeinsamer emotionaler Raum – ein verbindend Allgemeinhumanes, in dem das Neue tatsächlich lebt und „emergieren“ kann.

Es geht also darum, falsche Vorstellungen von Zukunft abzubauen, um Raum für das wirklich Mögliche zu schaffen.

Der Charakter des wirklich Möglichen ist, dass es nicht existiert. Es kann also nicht ausgedacht werden. Vorstellungen legen es fest, statt es als Ereignis zu erfassen. Man kann das Mögliche nicht kontrollieren, sondern es nur bewußt emergieren lassen. Wenn man so will, ist das eine andere Art von Kontrolle.

Und das hängt von der Qualität der sozialen Interaktion ab.

Selbstbeteiligung ist die Grundlage für Emergenz. Einen geeigneten Gemeinschafts-Prozess kann man zum Beispiel durchführen in den UNESCO Zukunftsbildungs-Laboratorien. Da kommen Menschen jeder Herkunft zusammen, um „ihre“ Zukünfte willentlich auseinanderzunehmen und sie dann gemeinsam neu zusammenzufügen – experimentell, neugierig und berührt. Ebenso, wie es in einem Laboratorium zugeht. Dafür gibt es seit Sommer 2023 auch die leicht lesbare „Bedienungsanleitung für Zukunftslaboratorien“, die von allen Interessierten gratis heruntergeladen werden kann.

Was ist noch so eine falsche Vorstellung, die verbreitet ist?

Wir sollten endlich die Illusion der Linearität von Zukunft abbauen. Sie sorgt dafür, dass Zukünfte trotz aller gegenteiligen Anstrengungen immer noch aufbauend, zeitlich geordnet und also tendenziell hierarchisch gedacht werden. Zukünfte kommen aber nicht (mehr) nacheinander oder aufeinander aufbauend. Sondern sie kommen gleichzeitig, interaktiv und in Schüben. So wie ein Mensch schubweise und in verschiedenen Teilen des Körpers unterschiedlich altert, nicht täglich ein bisschen und gleich viel.

Ein Beispiel für gleichzeitige Zukünfte?

Ein Beispiel aus dem Risikobereich ist, dass wir heute nicht mehr von Mono- oder Global-Krisen, sondern eher von „Bündelkrisen“ oder „Krisenbündeln“ sprechen. Die Covid-Pandemie zum Beispiel begann zwar als Sektorenkrise im Gesundheitsbereich. Sie wurde aber schnell zu einer Systemkrise: sie bewirkte in vielen anderen Sektoren wie Wirtschaft und Schulsystem weitere, sehr unterschiedliche Krisen. Dadurch entstand letztlich eine „Bündelkrise“ des gesamten Globalisierungssystems, also der Weltordnung. Es gab darin Fortschritte und Rückschritte zugleich: die Work-Life-Balance wurde e-

her besser, die Bildungssituation eher schlechter. Zukünfte sind also nicht gleich Zukünfte. Und sie folgen nicht einer gemeinsamen Regel. Das zwingt uns, genauer mit ihnen umzugehen. Wissenschaftlich, soweit das möglich ist.

Wenn das so ist: wie können wir dann „realistisch“ mit der Zukunft umgehen?

Am besten einfach mit „gesundem Menschenverstand“, oder englisch: „common sense“. Was ungefähr bedeutet: gemeinsam geteilte Vernunft. Zukunftsrealismus heißt, wie es auf der Dubaier Konferenz etwa der Redner Adam Kahane darstellte, immer zwei Zutaten einbeziehen: Liebe und Macht („love and power“). Es heißt, einerseits „liebend“ mit Zukünften umzugehen, aber zugleich auch mit den Realitäten der Welt („Macht“) zu rechnen. Es geht darum, das Richtige mit dem Möglichen zu verbinden.

Realismus klingt aber auch nach „konkret“.

Und in diesem Sinn bedeutet er: Fortschritte messen. Und vor allem: Fortschritte besser messen lernen. Wir müssen zum Beispiel im Nachhaltigkeits- und Resilienz-bereich mehr und besser messen, wie wir uns in die Zukunft bewegen – und was wir ändern müssen, um der Zukunft einerseits besser gerecht zu werden, sie andererseits besser zu generieren. Dazu meinte in Dubai der Cambridge-Ökonom Matthew Agarwala: unsere bestehenden Maßansätze reichen für die heutige Welt nicht mehr aus. Diese Welt ist sowohl hyperkomplex wie hyperdynamisch. In dieser Welt ist laut Agarwala „das Bruttosozialprodukt nicht [mehr allein] der ideale Maßstab für die Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs. Wir müssen alternative Maßstäbe anlegen, um die Lebensqualität, das gesellschaftliche Wohlergehen und die ökologische Nachhaltigkeit für die Zukunft zu bestimmen.“

Die zentrale Herausforderung ist insgesamt also, im Hinblick auf gleichzeitige Zukünfte Technologie mit Demokratie und Bildung zu verbinden.

Junge Menschen sollten an der dazu nötigen „Zukunfts-Guidance“ stärker beteiligt werden. Die Verbesserung wird nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern sollte ein Prozeß sein.

Die Gretchenfrage lautet wohl: Wie können wir die künftige hypertechnologische Welt grün und human halten.

In Dubai hat man gesehen: besonders wichtig dafür werden drei Schnittstellen. Erstens die Schnittstelle Künstliche Intelligenz-Nachhaltigkeit. Zweitens die Schnittstelle Zukünfte-Innerlichkeit des Menschen. Drittens die Schnittstelle Technik-Ethik. Schnittstellen klingen meist etwas kompliziert, sind aber die Orte der Produktivität.

Näheres zur ersten Schnittstelle.

Zur Beziehung zwischen Künstlicher Intelligenz und Nachhaltigkeit gibt es seit 2022 die globale Initiative „Künstliche Intelligenz für den Planeten“ (AI for the Planet). Sie soll Künstliche Intelligenz für die Lösung der Klimakrise und für die Verwirklichung der bislang 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) fruchtbar machen. Diese Initiative bezieht sich auf die größere Fragestellung, die

die Zukunftskommission des finnischen Parlaments für Europa vorbildlich behandelt hat: Wie können neue Zukunftstechnologien zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele eingesetzt werden?

Die zweite Schnittstelle ist die zwischen Zukünften und der Innerlichkeit des Menschen.

Dazu gibt es seit kurzem die globale Initiative der fünf „Inneren Entwicklungsziele“ (Inner Development Goals, IDGs). Sie wurden im Oktober 2023 auf einer ersten Weltkonferenz in Stockholm lanciert. Sie sollen die äusseren Nachhaltigkeitsziele (die 17 SDGs) im innermenschlichen Entwicklungsbereich ergänzen: mittels eines besseren Verhältnisses des Einzelnen zu sich selbst und zu anderen. Hier soll, bewußt über Kulturen, Religionen, Geschichten und Sprachen hinweg, eine gemeinsame Kultivierung der Menschlichkeit im Menschen vorangetrieben und organisiert werden. Wenn Sie so wollen, geht es hier um eine erste gemeinsame humane Kulturethik, die bisherige Anläufe so nicht leisten konnten.

Die dritte Schnittstelle ist die zwischen Technologie und Ethik.

Dazu gibt es seit 2021 die „UNESCO Empfehlungen zur Ethik der Künstlichen Intelligenz“. Das ist die erste von 190 Ländern gemeinsam verfasste Zukunftstechnologie-Ethik. Weitere werden folgen, darunter im Neurotechnologie- und Biotechnologie-Bereich, woran die UNESCO derzeit arbeitet. Sie baut dabei auf einzelne bereits bestehende Elemente auf, führt sie zusammen und hebt sie auf eine neue Ebene, die den Errungenschaften unserer Zeit entspricht. Zur Zukunft der Bioethik zum Beispiel gibt es bereits eine „Universale Erklärung zu Bioethik und Menschenrechten“. Das sind Ansätze, die Zukunft gemeinschaftlich in gute Bahnen zu lenken versuchen und Mut machen.

Wenn wir diese Bemühungen sehen, hat man den Eindruck, dass wir auf die Zukunft schon ganz gut vorbereitet sind. Aber genügt das, damit die Zukunft human bleibt? Oder sind das nur Papierziele?

Das hängt von uns ab. Wir sollten dazu die Jugend besser als bisher einbeziehen, denn einen großen Teil der Zukunft wird sie ausfüllen. In Dubai wurde dazu erstmals das UNICEF Youth Foresight Playbook vorgestellt, das gratis heruntergeladen werden kann und wozu auch ein Fellowship Programm gehört. Es soll Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, an der Entstehung von Zukünften mitzuarbeiten. Dazu gehören auch Initiativen wie das UNESCO Intergenerational Equity Toolkit, ein Instrument, das zwischen den Generationen Gerechtigkeit herstellen soll.

Aber da fehlt noch etwas?

Es ist entscheidend, dass wir endlich eine bessere Zukunftswissenschaft erschaffen und organisieren. Zukunftswissenschaft hatte bisher – oft zu Recht – einen zweifelhaften Ruf und wurde mit *science fiction* verwechselt. Nun, da die Zukunft praktisch jeden Tag schneller eintritt und also immer wichtiger wird, sollte sich das bessern. Schritte dazu gibt es. So die methodische Zukunftsbildung der UNESCO, aber auch die entstehende „Wissenschaft der Antizipation“. Zu beiden

gibt es mittlerweile gute Grundlagen, darunter vonseiten hervorragender Universitäten.

Zukunftswissenschaft sollte aber auch spielerisch vorgehen.

Denn „die Zukunft“ wird meist viel zu ernst genommen. Dadurch entsteht Verkrampfung. Ernste Themen gemeinsam durchzuspielen kann helfen, die Beschäftigung mit etwas sehr Intimem und Wichtigem zum Genuss und zur Unterhaltung zu machen. Ein Spiel dazu ist zum Beispiel UNESCOs „Das Ding aus der Zukunft“, das man auch gut zuhause mit Freunden spielen kann. Ein anderes das „BioEcoJust Game“, ein Spiel um Naturgerechtigkeit, das derzeit vom Europäischen Zukunftsnetzwerk (Foresight Europe Network) entwickelt wird. Spielen tut gut, wenn es um Zukunft geht. Es gibt einen neuen Blick auf Konkurrenz und Miteinander. Außerdem liegt das Spiel im Wesen des Menschen, ja ist einer seiner höchsten Ausdrücke. Wir sollten viel mehr spielen!

Warum?

Weil das Spiel die Imagination als grundlegende Kulturfähigkeit, ja als Befähigung zu Kultur überhaupt fördert. Es humanisiert Zukünfte, die immer öfter rein mechanisch und technoid konzipiert werden. Die Zukunft ist und bleibt aber der humanen Imagination anheimgegeben. Wir sollten hier durchaus „Schillerianer“ bleiben!

Das heisst im Klartext: Zukunft verlangt paradoxerweise nicht nur nach Technologie, sondern auch nach Humanismus.

Die beiden gehören in den kommenden Jahren noch stärker zusammen. Wir brauchen einen neuen globalen Humanismus, weil Technologie wie etwa die neue intelligente Robotik und Genetik uns dazu zwingt, verstärkt nach dem Wesen des Menschen zu fragen. Dazu wichtig ist das gemeinsame Nachdenken über künftige Ethiken, die wir in unserer Gemeinschaft anwenden wollen. Was müssen wir dazu ändern? Das dient auch der individuellen und kollektiven Resilienzsteigerung.

Was hat beim Dubai Future Forum 2023 besonders beeindruckt?

Eben die Einsicht, dass menschliche Entwicklung und Technologieentwicklung immer stärker voneinander abhängen. Mensch und Maschine bewegen sich aufeinander zu – und werden wohl im Rahmen verschiedener Anwendungsbereiche teilweise miteinander verschmelzen. Schauplatz sind die „Neuen Humantechnologien“ (NHT). Dazu gehören zum Beispiel die Verschaltungen zwischen menschlichem Gehirn und Maschine (Brain-Machine-Interfaces), zwischen menschlichem Gehirn und Computer (Brain-Computer-Interfaces) und seit 2019 sogar zwischen menschlichem Gehirn und tierischem Gehirn (Brain-Brain-Interfaces). Man nennt das „Gehirntragegeräte“ oder „brain wearables“. Sie funktionieren inzwischen drahtlos, etwa in Form von sogenannten Emotiv Hauben. Davon gab es laut dem Innovationsökonom Paolo Dario im Jahr 2022 bereits 1,1 Milliarden, Tendenz für den Alltagsgebrauch stark steigend.

Wie gehen wir damit um?

Wir müssen kulturelle, ökonomische und politische Aspekte interdisziplinär verbinden. Dazu wird als Umschlagspunkt und Katalysator die politische Philosophie der Künstlichen Intelligenz wichtig. Hier sind bereits einige bedeutende Werke entstanden, werden aber noch zu wenig wahrgenommen. So etwa das im April 2022 erschienene Buch des Wiener Philosophen Mark Coeckelbergh. Es verbindet KI (und Informationstechnologien im erweiterten Sinn) mit praktischen Überlegungen zu Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Demokratie und sozialem Wohlergehen. Das ist besonders nützlich für Forscher, Datenwissenschaftler und Experten als Grundlage dafür, wie ihre Arbeit die Gesellschaft im Großen und Ganzen beeinflusst. Es ist aber auch wichtig für Politik und Zivilgesellschaft, um die verschiedenen Seiten des Geschehens zu erfassen. Wir brauchen eine neue Philosophie und Kulturwissenschaft des Geschehens.

Zu glauben, Zukünfte seien letztlich immer fortschrittlich und schön, wäre naiv. Was bringt die Zukunft an neuen Konflikten?

Manche werden weiterhin Zukunft mit Vergangenheit verwechseln. Der Stanford-Zukunftsexperte Paul Saffo hat das so zusammengefasst: „Die eine Hälfte der Welt rauscht in Richtung Zukunft, die andere Hälfte in Richtung Vergangenheit. Beide haben dafür Argumente und Waffen“. Und: beide halten ihre Richtung für „die“ Zukunft. Die Antwort: Wir brauchen mehr „Zukunftsdiplomatie“ – ein Feld, das heute aufblüht. Ich kann es vor allem den jungen Leserinnen und Lesern nur nahelegen – ein lohnender Job für die kommenden Jahre!

Wo liegt die Zukunft der Zukunft?

Überall. Aber mit einem deutlichen Schwerpunkt im Technologiebereich. Von ihm strahlt vieles aus, und in ihm läuft vieles zusammen. Die neu entstehenden Technik-Mensch-Ökosysteme werden neue Lebens-, Alltags- und Denkformen hervorbringen. Deshalb sind Jugend und Politik gut beraten, sich darüber ständig neu zu informieren – und dann Meinung zu bilden und Hand anzulegen. Am UNESCO-Lehrstuhl des Centers for Advanced Studies von Eurac Research in Bozen arbeiten wir daran.

Über den Autor:

Roland Benedikter ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er ist Co-Leiter des Centers for Advanced Studies von Eurac Research Bozen und UNESCO Chair für Antizipation & Transformation, 2019-23 Mitglied des BMBF-Zukunftskreises für die deutsche Bundesregierung.

LinkedIn:

<https://www.linkedin.com/in/roland-benedikter-8341922a9>.

Homepage:

<https://www.researchgate.net/profile/Roland-Benedikter>.

Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu.

Die Wissenschaften sind bunt und müssen es bleiben

*Ein Zwischenruf über die Rolle der Wissenschaften
im Kontext des Rechtsrucks – nicht nur in Deutschland*

von Werner Mittelstaedt

Die Wissenschaften haben eine besondere Rolle bei der Verteidigung der Demokratie. Im Artikel 5, Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes steht: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.« Die Verfassungsgrundsätze sind: Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat, Bundesstaat, Gewaltenteilung, Widerstandsrecht. Weil in vielen demokratisch geführten Ländern des Westens die Demokratie durch Extremismus gefährdet wird, sind auch die Wissenschaften herausgefordert, die Freiheit der Lehre und Forschung und die Verfassungsgrundsätze zu verteidigen. Extremismus ist der Sammelbegriff für Bestrebungen von einzelnen Personen, Organisationen und politischen Parteien, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und bekämpfen. Es gibt drei Hauptkategorien des Extremismus: den Linksextremismus, den Rechtsextremismus und den islamistischen Extremismus.¹ Lange Zeit wurde der demokratische Verfassungsstaat in Deutschland durch die linksextremistische terroristische Vereinigung RAF (Rote-Armee-Fraktion) bedroht. Auch heute kann nicht ausgeschlossen werden, dass linksextremistische Aktivitäten sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte richten. Durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus, der die freiheitliche demokratische Grundordnung durch einen totalitären Gottesstaat ersetzen will, wurden seit 2016 in Deutschland 12 Anschläge mit zahlreichen Toten und Verletzten verübt. Über die Gefährdungslage in Deutschland schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz: »Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland sowie für deutsche Interessen und Einrichtungen weltweit besteht fort und hat sich seit dem terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen im Gazastreifen weiter erhöht. Die Bedrohung in Deutschland geht sowohl von jihadistisch motivierten Einzeltätern als auch von jihadistischen Gruppierungen aus. Neben den in den vergangenen Jahren dominierenden weniger komplexen Anschlägen auf vornehmlich »weiche« Ziele ist weiter auch mit komplexeren Anschlagsvorhaben zu rechnen.

Im Jahr 2024 kam es in Deutschland bereits zu zwei gesichert islamistisch motivierten Anschlägen. Am 1. Mai 2024 griff ein afghanischer Staatsangehöriger auf dem Marktplatz in Mannheim sowohl einen islamfeindlichen Aktivist als auch Passanten und Polizisten mit einem Messer an und tötete dabei einen Polizisten und verletzte 6 weitere Menschen. Am 23. August 2024 stach ein syrischer Staatsangehöriger auf einem Stadtfest in Solingen auf mehrere Personen ein; 3 Menschen wurden bei dem Angriff getötet, 8 weitere verletzt.

Die Anschläge und auch die im Jahr 2023 und 2024 durch deutsche und europäische Sicherheitsbehörden vereitelten Anschlagpläne sind ein klarer Beleg dafür, dass die jihadistische Ideologie nach wie vor präsent ist. Europa, und damit auch Deutschland, stehen weiterhin und verstärkt im Fokus terroristisch-jihadistischer Organisationen, vor allem des IS aber auch von »al-Qaida« Der »Islamische Staat Provinz Khorasan« (ISPK) scheint derzeit der stärkste IS-Regionalabteiler zu sein. Nach-

dem der ISPK bisher vor allem die Durchführung von Anschlägen in Afghanistan forcierte, mehren sich die Anhaltspunkte dafür, dass nunmehr auch Deutschland und Europa als potenzielle Anschlagziele in Betracht gezogen werden.«²

Dieser »Zwischenruf« beschäftigt sich speziell mit dem Rechtsruck und rechtsextremistischen Aktivitäten in Deutschland und zeigt zum Schluss einige wenige Gedanken, wie sich die Wissenschaften gegen den zunehmenden Rechtsextremismus positionieren könnten.

Die Spitze des »rechtsextremistischen Eisbergs« in Deutschland war das vom Medienhaus CORRECTIV aufgedeckte konspirative Geheimtreffen im Landhaus Adlon am Lehnitzsee bei Potsdam im November 2023, dessen Details am 10. Januar 2024 veröffentlicht wurden. Rechtsextremisten, Neonazis und AfD-Funktionäre haben dort über die millionenfache Deportation von Ausländerinnen und Ausländern diskutiert.³ Es gab daraufhin einen »Aufschrei« in Deutschland. Die Details dieses Geheimtreffens haben dafür gesorgt, dass in Deutschland seitdem in vielen großen und kleinen Städten nahezu täglich gut besuchte Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus, gegen die AfD und für den Erhalt der Demokratie stattfinden.

Würden die Demokratie und die offene Gesellschaft durch rechtsextremistische Aktivitäten geschwächt, so wären davon auch die Wissenschaften betroffen. Letztendlich wären sie ohne eine demokratische, offene, multikulturelle und letztlich bunte Gesellschaft erfolglos, denn die Wissenschaften selbst sind personell, multikulturell und multiethnisch aufgestellt. Max-Planck-Präsident Patrick Cramer äußerte sich in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) in diesem Sinne und schreibt: »Die aktuellen Berichte über Vertreibungspläne, die in rechtsradikalen Kreisen geschmiedet werden, entsetzen mich. [...] Das ist nicht akzeptabel und schadet unserem Land! Ich schreibe das als Präsident einer Forschungsorganisation mit mehr als 24.000 Beschäftigten, die aus 127 Ländern kommen. [...] Wir brauchen eine offene Gesellschaft, die Talente anzieht und ein Umfeld schafft, in dem sich Menschen entfalten können. Davon profitieren nicht nur Forschung und Wirtschaft, denn ausländische Mitarbeitende bringen sich vielfach auch in das gesellschaftliche Leben ein. Im internationalen Vergleich ist Deutschland allerdings ein wenig attraktives Ziel. Ausländische Fachkräfte fühlen sich bei uns kaum willkommen. [...] Die jüngst von der Universität in Greifswald gemeldeten rassistischen Angriffe auf internationale Mitarbeitende müssen uns mehr als zu denken geben. Wissenschaft und Wirtschaft – wir alle – brauchen eine offene Gesellschaft. [...]«⁴

Weil die Wissenschaften in Deutschland international aufgestellt sind, gab es insbesondere nach dem Bekanntwerden des Potsdamer Geheimtreffens eindeutige Statements gegen Rechtsextremismus von vielen Hochschulen. Ebenso beteiligen sich Hochschulen an Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus und gegen die AfD. Tilmann Warnecke berichtete im Tagespiegel Anfang Februar 2024: » [...] Als vor kurzem in Cottbus Tausende gegen Rechtsextremismus demonstrierten, war darunter auch Gesine Grande, Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU).

Sie hielt sogar eine Rede und rief zu Vielfalt und Offenheit auf. »Wir haben fast 3000 Studierende bei uns, die aus aller Welt kommen, weil sie sich eine Zukunft erhoffen«, sagte Grande. »Sie sind unsere Zukunft – und für sie müssen wir alles tun.« Die BTU Cottbus gehört zu vielen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich nach Bekanntwerden des Potsdamer Geheimtreffens offen gegen Rechtsextremismus und für mehr Vielfalt positionieren – auch aus Sorge um die eigene, international diverse Belegschaft. So haben sich in Brandenburg nicht nur die BTU, sondern praktisch alle Hochschulen des Landes dem Bündnis »Brandenburg zeigt Haltung für Demokratie und Zusammenhalt« angeschlossen. Die Berliner Hochschule für Technik (BHT) unterstützt das Bündnis »Hand in Hand«, das zur Großdemo am Samstag in Berlin aufruft. [...]«⁵ Auch das Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz verurteilt den Rechtsextremismus scharf und betont die freiheitliche Demokratie.⁶ Es ist zu hoffen, dass sich bundesweit alle Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen so deutlich gegen den Rechtsextremismus abgrenzen, wie die Max-Planck-Gesellschaft und die BTU, um die Vielfalt in den Wissenschaften zu schützen.

Weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen kulturellen, ethnischen, nationalen und sozialen Hintergründen kommen, trägt diese Vielfalt zu unterschiedlichen Perspektiven, Herangehensweisen, Innovationen und zur Qualitätssteigerung in der Forschung bei. Es bleibt festzustellen, dass die Wissenschaften bunt sind und sie es unbedingt bleiben müssen.

Die Wissenschaften sind per se ideologiefrei und überparteilich. Aber wissenschaftliche Institutionen können nicht verhindern, dass einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler extremistische Meinungen vertreten und diese gegebenenfalls in ihre wissenschaftlichen Arbeiten einbringen. Durch die Ausbreitung des Rechtsextremismus in der Gesellschaft ist es nicht auszuschließen, dass Menschen mit rechtsextremen Einstellungen auch in Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen arbeiten und in ihrer Arbeit beispielsweise Forschungsergebnisse manipulieren, pseudowissenschaftliches Gedankengut verbreiten oder ideologische und rassistische Theorien unterstützen.

Die Wissenschaften müssen frei von ideologischer Einflussnahme bleiben. Dafür ist eine kontinuierliche Reflexion über die ethischen Standards in der Wissenschaft und der Schutz vor politischer Instrumentalisierung notwendig, um letztendlich extremistische Unterwanderungen zu verhindern.

Nachfolgend einige wenige Gedanken, wie sich die Wissenschaften gegen den zunehmenden Rechtsextremismus positionieren könnten:

- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können Forschung betreiben, um die Ursachen und Dynamiken von Rechtsextremismus zu verstehen und aufzudecken. Sie können Aufklärungsarbeit leisten, um die Öffentlichkeit über die Gefahren des Rechtsextremismus aufzuklären sowie Vorurteile bekämpfen und Fake News entlarven.
- Die Wissenschaften sollten klare ethische Standards und Richtlinien entwickeln, die den Umgang mit rechtsextremen Ideologien und Praktiken in der Forschung und im akademischen Umfeld regeln. Dies kann den Schutz vor politischer Einflussnahme und ideologischer Verzerrung sicherstellen.

- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten sich solidarisch gegen rechtsextreme Übergriffe und Diskriminierung stellen und sich für eine inklusive und diverse Wissenschaftsgemeinschaft einsetzen. Dies kann durch die Unterstützung von Betroffenen, die Förderung von Vielfalt und Inklusion sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen geschehen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.
- Die Wissenschaften sollten sich aktiv an politischen Diskursen beteiligen und sich für demokratische Werte und Menschenrechte einsetzen. Dies kann beinhalten, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu beraten, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen und sich für Gesetze und Maßnahmen einzusetzen, die den Rechtsextremismus bekämpfen und die Opfer unterstützen.

Schlussbemerkung

Indem sich die Wissenschaften gegen alle Formen des Extremismus positionieren, können sie einen wichtigen Beitrag zu der Stärkung der demokratischen Gesellschaft und zur Förderung von Toleranz, Vielfalt und sozialer Gerechtigkeit leisten.

(Dieser Beitrag erschien am 20. März 2023 im Blog der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW – siehe: <https://vdw-ev.de/werner-mittelstaedt-wissenschaften-sind-bunt/> und wurde im Oktober 2024 aktualisiert.)

Anmerkungen

¹Siehe auch: Wikipedia (2024): Extremismus. Abgerufen am 18. März 2024, von <https://de.wikipedia.org/wiki/Extremismus>

²Bundesamt für Verfassungsschutz (2024): Islamismus und islamistischer Terrorismus. Zahlen und Fakten. Abgerufen am 06. Oktober 2024, von https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html.

³Siehe auch: CORRECTIV (10.01.2024): Geheimplan gegen Deutschland. Abgerufen am 11. März 2024, von <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>.

⁴Cramer, Patrick (2024). »Wir brauchen eine offene Gesellschaft!«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar 2024, S. N 4.

⁵Tagesspiegel (2024). »Gegen Rechtsextremismus: Viele Hochschulen positionieren sich öffentlich.«, Abgerufen am 12. März 2024, von <https://www.tagesspiegel.de/wissen/gegen-rechtsextremismus-viele-hochschulen-positionieren-sich-offentlich-11150665.html>.

⁶Siehe auch: Forschung & Lehre (2024) »Stimmen aus der Wissenschaft betonen Bedeutung des Rechtsstaats.«, Abgerufen am 12. März 2024, von <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/stimmen-aus-der-wissenschaft-betonen-bedeutung-des-rechtsstaats-6186>.

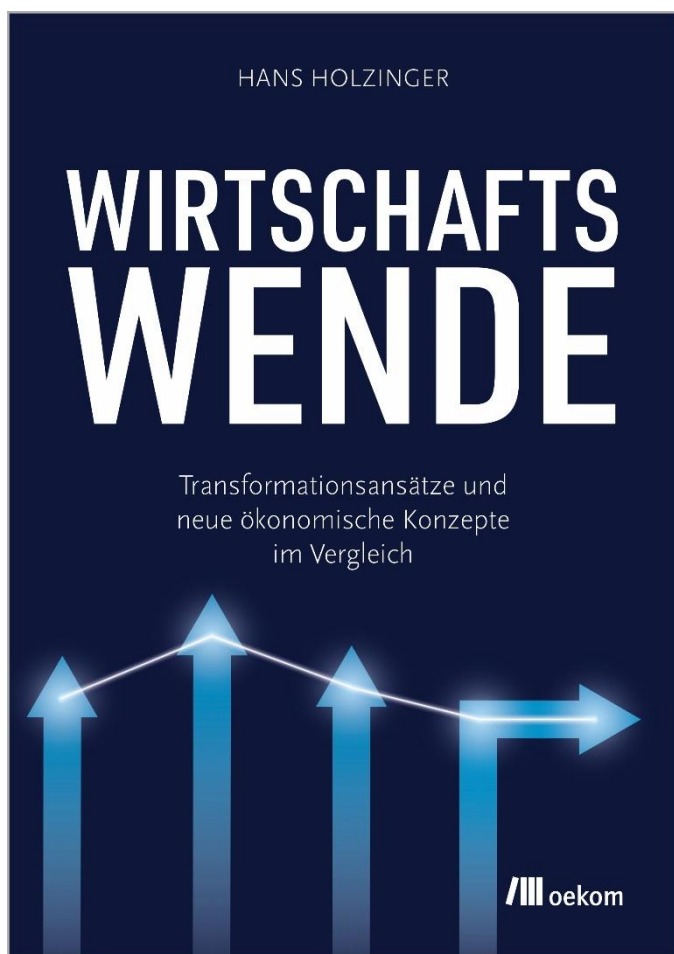
Über den Autor:

Werner Mittelstaedt, Jahrgang 1954. Seit den 1970er-Jahren als kritischer Zukunftsforscher vielfältig aktiv. Autor von 13 Büchern und zwei Theaterstücken. Gründer sowie Herausgeber der seit 1981 erscheinenden Zeitschrift BLICKPUNKT ZUKUNFT (www.blickpunkt-zukunft.com). In seinen Werken behandelt er u. a. Themen wie qualitatives Wachstum, globale Megatrends, Nachhaltigkeit, Anthropozän, Klimawandel, Frieden, Fortschritt und zukunftsfähige Wertorientierungen. Sein letztes Buch »Transformation und Ambivalenz. Steht die Welt vor dem Kollaps? Kurskorrektur oder Klimakatastrophe« erschien 2023. Detaillierte Informationen siehe: www.werner-mittelstaedt.com

Hans Holzinger

Wirtschaftswende

Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich



Hans Holzinger: Wirtschaftswende. Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich. München: oekom 2024. ISBN: 978-3-98726-102-2 Softcover, 416 Seiten Euro 24,- [D], 24,70 [A] Erscheinungsdatum: 2. Mai 2024

Ein anderes Wirtschaften ist nötig und auch möglich. Das Buch »Wirtschaftswende« von Hans Holzinger zeigt, dass es eine Vielzahl an Neuansätzen gibt und dass wir vor einer großen Transformation stehen.

Dreißig Jahre zeichnete der Wirtschafts- und Sozialgeograph Hans Holzinger als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Salzburger Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen für die Bereiche Nachhaltiges Wirtschaften und neue Wohlstandsmodelle verantwortlich. In seinem neuen Buch »Wirtschaftswende« zieht er Bilanz. Ein anderes Wirtschaften ist nötig und es ist auch möglich, so seine Überzeugung. Das Buch von Holzinger macht deutlich, dass es mittlerweile zahlreiche Transformationsansätze gibt, und es beschreibt, wie die Wirtschaftswende gelingen könnte. Es richtet sich an ein breites Publikum, um die Zukunftsvorschläge über die Fachwelt hinaus bekannt und diskutierbar zu machen. Der Autor benennt die Nichtnachhaltigkeit unserer aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise, er skizziert aber insbesondere die vielen Neuansätze in den Bereichen Energie und Ernährung, Mobilität und Stadt, Finanzen und Steuern sowie Unternehmen und Konsum. Deutlich wird, wie all diese Wenden mit Wirtschaft zu tun haben.

Dass Transformationen anstehen, zeigt der Autor schließlich an den aktuell diskutierten makroökonomischen Konzepten von Green Growth über Degrowth bis hin zu postkapitalistischen Entwürfen, die er in Bezug auf Plausibilität, Wünschbarkeit und Umsetzungschancen prüft. Die

Stärken eines »grünen Kapitalismus« sieht Holzinger in den noch lange nicht ausgeschöpften technischen Potenzialen für die Energie- und Stoffwende und der Chance, Investitionen in nachhaltige Sektoren umzulenken. »Grünes Wachstum« übersähe aber, dass technologische Wenden ebenfalls material- und energieintensiv sind. Postkapitalistische Ansätze würden zwar auf die Größe der notwendigen Transformationen verweisen, wenn wir tatsächlich Klimaneutralität erreichen wollen. Und sie sehen die Wachstumsgetriebenheit des Kapitalismus. Holzinger hält diese aber für wenig plausibel und auch nicht umsetzbar. Zudem hätten wir gar nicht die Zeit, auf einen Systemwechsel zu hoffen. Realistisch sei ein geplanter Umbau der Wirtschaft und ihre Lösung von der Wachstumsabhängigkeit, was neue Unternehmenskulturen ebenso brauchen wie wachstumsneutrale Wohlfahrtssysteme. Eine stärkere Heranziehung der Vermögenden zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sei unerlässlich und Mehrheiten dafür werde es in Zukunft geben. Denn weder Überreichtum noch Überkonsum seien zukunftsverträglich.

Die Stärke offener Gesellschaften sieht der Autor im offenen Diskurs über plurale Zukunftsstrategien. Am Ende plädiert er für eine Wirtschaft, die die Potenziale freier Märkte nutzt, zugleich aber die Sicherung der Grundbedürfnisse unter Einhaltung der ökosystemischen Grenzen in den Mittelpunkt stellt. Sein Fazit: »Eine moderne Bedarfsökonomie, die (wieder) den Gebrauchswert der Güter in den Mittelpunkt stellt, würde uns nicht schlechter leben lassen, aber zukunftstauglich.« Entscheidend wird in jedem Fall sein, die Wirtschaft sowie die öffentlichen Haushalte geplant und schrittweise aus der Wachstumsabhängigkeit zu führen, um Wirtschafts- und Lebensweisen innerhalb der planetaren Grenzen sicherzustellen. Nach dem Motto: »Degrowth by design, not by disaster«. Gelingt dies nämlich nicht, dann werden die ökologischen Folgekosten den Wohlstand auffressen – Arbeit gibt es auch dann, aber eben jene, um nach den Klimaschäden wieder aufzuräumen.

Werner Mittelstaedt über »Wirtschaftswende«:

Hans Holzinger zeigt in seinem Buch »Wirtschaftswende« mit einer Vielzahl von Argumenten, dass die Begriffe »Begrenzung«, »Einschränkung«, »Schrumpfung«, »Wachstumsrücknahme« und ähnliche in Anbetracht der fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen durch die menschengemachte Klimakrise und das von uns Menschen ausgelöste sechste große Massenaussterben keine negativen Konnotationen haben sollten. Was heute als Angstbegriffe bezeichnet wird, sind in Wirklichkeit dringend benötigte Konzepte, um die notwendigen Transformationen hin zu einer klimaneutralen und wirklich nachhaltigen Wirtschaftsweise sowie zu wirklich nachhaltigen Lebensstilen voranzutreiben. Holzingers »Wirtschaftswende« skizziert ein breites Spektrum für ein anderes Wirtschaften und bietet seinen Leserinnen und Lesern immer wieder Aha-Erlebnisse.

Dieses Buch sollte nicht nur von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft gelesen werden, sondern auch von allen, die die Zukunft nachhaltig mitgestalten wollen und dafür Inspiration und Wissen benötigen.

Mehr Infos: www.hans-holzinger.org



Ullstein Buchverlage, Berlin 2023. 336 Seiten, Hardcover, € 22.99, ISBN: 978-3-550-20244-5

Wie gerecht kann eine Welt in der Klimakrise sein?

Der Klimawandel trifft uns nicht alle gleich. Friederike Otto liefert anhand von acht extremen Wetterereignissen konkrete Beispiele, was die wirklichen Ursachen sind, wer besonders betroffen ist und vor allem: Was Klimagerechtigkeit tatsächlich bedeutet und was dafür noch getan werden muss. Der Klimawandel zerstört nicht die Menschheit, aber Menschenleben und Lebensgrundlagen. Wir staunen über Rekordtemperaturen, Windgeschwindigkeiten und Regenmengen, aber fragen uns zu wenig, wer ihnen besonders ausgesetzt ist, wer sich nicht erholen kann - und warum. Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind der Kern dessen, was den Klimawandel zum Menschheitsproblem machen. Damit müssen Fairness und globale Gerechtigkeit auch im Kern der Lösung stecken. Klimagerechtigkeit geht jeden etwas an.

Siehe auch den Beitrag von Annette Schlemm »Der Klima-Umbruch ist keine Naturkatastrophe!«



Ullstein Taschenbuch Verlag, Berlin 2020. 240 Seiten, Softcover, € 10.99, ISBN: 978-3-548-06255-6

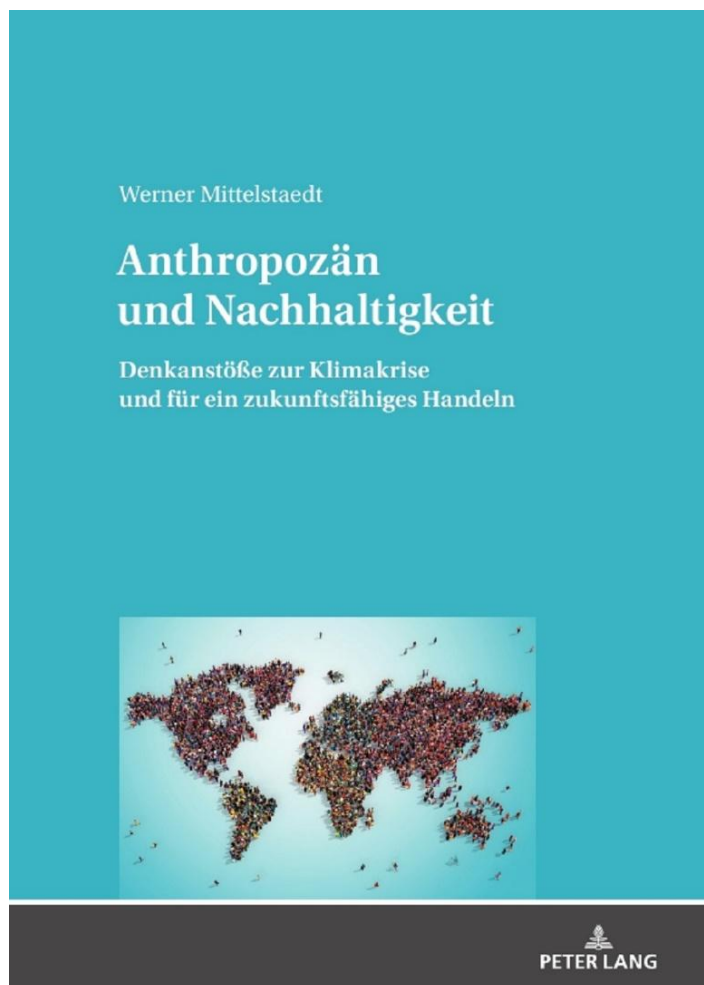
Hitze, wie wir sie aus fernen Urlaubsregionen kannten, sintflutartiger Starkregen, verheerende Stürme: Ist das schon Klimawandel – oder immer noch „nur“ Wetter? Die Physikerin Friederike Otto hat die Attribution Science mitentwickelt. Mittels dieser revolutionären Methode kann sie genau berechnen, wann der Klimawandel im Spiel ist. War eine Katastrophe wie Harvey menschengemacht? Ist eine Dürreperiode Folge der globalen Erwärmung oder nur ein heißer Sommer, wie es ihn schon immer gab?

Die Zahlen belegen: Eine Hitzewelle wie in Deutschland 2018 ist durch den Klimawandel mindestens doppelt so wahrscheinlich geworden wie früher. Man kann konkrete Verursacher für Wetterphänomene haftbar machen – Unternehmen, ja ganze Länder können jetzt vor Gericht gebracht werden. Und es wird verhindert, dass der Klimawandel weiter als Argument missbraucht wird: Politiker können sich nicht mehr auf ihn berufen, um Missmanagement und eigenes Versagen zu vertuschen. Dieses Buch bringt Klarheit in eine erhitzte Debatte.

Siehe auch den Beitrag von Annette Schlemm »Der Klima-Umbruch ist keine Naturkatastrophe!«

Anthropozän und Nachhaltigkeit

Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien 2020. 242 Seiten, Hardcover, 4 farb. Abb., Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-82523-1 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Was genau ist das Anthropozän und wie ist es entstanden? Welche Kräfte wirken in ihm? Wohin führt es die globale Zivilisation? Hat das Anthropozän die Klimakrise herbeigeführt? Gibt es durch das Anthropozän praktisch keine reale Nachhaltigkeit mehr? Was kann aus den vielen Krisen im Anthropozän gelernt werden?

Diese Fragestellungen werden gut lesbar und anschaulich auf dem aktuellen Stand der Dinge behandelt. Auf dieser Basis stellt der Autor einen detaillierten Plan zur Abschwächung der Klimakrise vor, der durch einzelne Staaten verwirklicht werden könnte. Außerdem präsentiert er ein Konzept zur Erzielung realer Nachhaltigkeit und begründet, warum das Anthropozän als neues Erdzeitalter ausgerufen werden sollte. In diesem Kontext geht der Autor auch auf die Coronavirus-Pandemie ein.

Das Buch schließt mit der Aufforderung, die »zweite Aufklärung« voranzutreiben. Sie ist notwendig, um das noch verbleibende Zeitfenster von wenigen Dekaden zu nutzen, damit das Anthropozän zukunftsfähig wird.

Aus dem Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Macht euch die Erde untertan! / Die große Beschleunigung seit dem Jahr 1950 / Acht zukunftsgefährdende Megatrends / Droht der Untergang der globalen Zivilisation? / Das Anthropozän – das Zeitalter des Menschen / Warum das Anthropozän offiziell ausgerufen werden sollte

Zweiter Teil: Wege aus der Klimakrise – Zukunftsfähigkeit sichern / Der Blick auf die Erde / Nicht unrealistische Sofortmaßnahmen / Notwendigkeiten für die zukunftsfähige Weltgesellschaft: a) Wertorientierungen und Denkmuster b) Handlungsmuster

Dritter Teil: Die zweite Aufklärung oder »Nach uns die Sintflut«

Glossar: Zukunftswissen im Anthropozän

»Anthropozän und Nachhaltigkeit« behandelt auch ausführlich den militärisch-industriellen Komplex sowie die Gefahren und ökologischen Folgen durch konventionelle, atomare, biologische und chemische Waffen!

Rezensionen und Buchvorstellungen (Auswahl):

Rezension der Zeitschrift pro Zukunft - Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen durch Hans Holzinger:

www.prozukunft.org/buecher/anthropozoen-und-nachhaltigkeit

Rezension in der Zeitschrift Spektrum der Wissenschaft durch Martin Schneider:

www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-anthropozoen-und-nachhaltigkeit/1762122

Rezension im blog.energizing.de

durch Joerg Bergmann (siehe: blog.energizing.de)

Buchvorstellung in der Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Gelsenkirchen durch Elisabeth Höving:

www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/autor-warnt-im-neuen-buch-vor-der-drohenden-klimakatastrophe-id230704084.html

Ein gekürztes und bearbeitetes Kapitel wurde in der Frankfurter Rundschau am 7. April 2021 veröffentlicht:

www.fr.de/panorama/die-legende-als-lehrstueck-90317560.html

Werner Mittelstaedt
Transformation und Ambivalenz
Steht die Welt vor dem Kollaps?
Kurskorrektur oder Klimakatastrophe



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Lausanne, Berlin, Bruxelles, Chennai, New York, Oxford 2023. Softcover, 180 Seiten, Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-88978-7 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Kurzbeschreibung

Die Welt benötigt dringend tiefgreifende Transformationen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Doch Ambivalenzen in Politik, Wirtschaft und Bevölkerung verzögern und verhindern deren Umsetzung. Warum existieren diese Ambivalenzen? Können sie überwunden werden? Steht die Welt wegen der unterlassenen Transformationen in wenigen Jahrzehnten vor dem Kollaps?

Welche Folgen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine für den globalen Klimaschutz?

Dieses Buch analysiert vielschichtig die Aktivitäten für Energiewende, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Deutschland und weltweit. Es skizziert ein neues Fortschritts-Narrativ, liefert konkrete Lösungsvorschläge und 95 Zukunftsbilder, um die Klimakrise erfolgreich zu bewältigen und wirkliche Nachhaltigkeit zu realisieren.

Ernst Ulrich von Weizsäcker über dieses Buch:

»Kurskorrektur oder Klimakatastrophe« ist der aufrüttelnde Untertitel dieses höchst beachtlichen Buches von

Werner Mittelstaedt. Für die Kurskorrektur liefert es Aufklärung und vertiefendes Wissen mit Lösungsvorschlägen für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Transformation und Ambivalenz – Einleitung und erste Feststellungen

Wir befinden uns im Teufelskreis der Klimakrise

Klimakrise oder schon Klimakatastrophe?

Das verbleibende CO₂-Budget

Wahrscheinlich steigende anstatt sinkender CO₂-Emissionen

Die CO₂-Uhr läuft ab

Wir sind Kinder unserer Zeit

Sind wir bewusst ambivalent oder können wir nicht anders?

Das neue politische Versprechen

Die Marginalisierung des Massenaussterbens und ein Signal der Hoffnung

Große und kleine »Stellschrauben« für biologische Vielfalt und Klimaschutz

Das drohende Wachstumsdilemma

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Folgen

Atomwaffen töten, auch wenn sie nicht eingesetzt werden

Auf den Kopf gestellt

Die schwierige Neuausrichtung der Energiewende in Deutschland und fragmentarische Aspekte von Klimaschutzmaßnahmen in anderen Ländern

Acht zukunftsgefährdende Megatrends und die daraus resultierenden Transformationen

Lebensqualität und Lebensstandard

Die allgemeine Lebensqualität droht weltweit zu sinken

Der weltweit ungerecht verteilte Lebensstandard und der gewaltige CO₂-Fußabdruck der Reichen

Lebensqualität und Lebensstandard müssen sich am Klimaschutz und der nachhaltigen Entwicklung orientieren

Wünschenswerte Zukunfts- und Transformationsbilder in 95 Thesen

Vorbemerkung

Wesentliche nicht nachhaltige Realitäten des Anthropozäns

Zukunfts- und Transformationsbilder für eine gerechte und nachhaltige Weltgesellschaft

Danksagung

Anmerkungen

Literaturnachweise

Personen- und Sachregister

Werner Mittelstaedt
Wolf Heidecker

Tipping Point 2029

A Play on Climate Change



Books on Demand, Norderstedt 2022, 100 Seiten,
Softcover. € 6.99, ISBN: 978-3-754-34396-8
E-Book: € 4.49, ISBN: 978-3-756-29066-6

2029 - for many years Australia has experienced the devastating consequences of global warming.

A life discussion in an European TV show created worldwide panic - for the first time it was officially announced that the earth has reached the 'Tipping Point', the point of no return in the destruction of the environment. Climate change with a non-reversible perspective.

An Australian TV-station has invited nationally renowned personalities to calm the situation by informing the population about the "facts" and "data" instead of spreading fear and innuendo. It is accomplished TV-Pre-senter Bettina Roland's job to get the most positive outlook into the future from her discussion.

Get an intriguing look behind the scenes of this TV production that has no precedence, the tensions and blunt truth of a panel discussion recorded and not live streamed for a reason ...

Is that the future - our future?

About the authors:

Website: www.werner-mittelstaedt.com

Website: <https://wolfperformingartsmanagement.com>

AttacBasisTexte 59



Karl-Martin Hentschel/Alfred Eibl

Steuer- Revolution!

Ein Konzept zur Rückverteilung von
Reichtum, zu mehr **Gerechtigkeit**
und **Klimaschutz**

VSA:



Vsa Verlag, Hamburg 2024, 196 Seiten,
kartoniert, € 16.80, ISBN: 978-3-964-88201-1

Deutschland ist ein Staat mit einem guten Sozialsystem, an dem es trotzdem vieles zu verbessern gibt. Zugleich ist Deutschland aber auch ein Steuerparadies für Superreiche und ein idealer Geldwäscheplatz für Waffenhändler, Drogenschmuggler, Steuerflüchtlinge und andere Verbrecher. Die Steuerlöcher summieren sich auf 75 bis 100 Milliarden Euro jährlich. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist eine der ungleichsten der Welt. Und die Ungerechtigkeit des Steuersystems ist geradezu absurd: Ein Geringverdiener zahlt die Hälfte seines Verdienstes an den Staat - Susanne Klatten aus der Unternehmerdynastie Quandt weniger als 1%. 220 Kinder von Multimillionären erben im letzten Jahr steuerfrei 43 Milliarden Euro - Geld für eine Kindergrundsicherung für drei Millionen Kinder, die in Armut aufwachsen, ist aber nicht vorhanden. Die fünf größten Digitalkonzerne der Welt - Alphabet, Amazon, Apple, Meta und Microsoft - zahlen in Deutschland einen Steuersatz von 2,5% auf ihre Gewinne. Der Steuersatz in den USA liegt selbst nach der radikalen Steuersenkung durch Trump immer noch fünfmal so hoch. Der Abstand zwischen Arm und Reich wird immer größer. Zugleich steht die Menschheit mit Artensterben und Klimawandel vor einer existentiellen Krise, die durch Ereignisse wie die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg noch verstärkt wird. Wieviel Ungleichheit und Armut sind mit einer reichen Demokratie verträglich? Wie finanzieren wir unsere Schulen, Verkehrswege, unser Gesundheitssystem und die Kosten für die Energiewende? Und was kann ein Steuersystem zu einer sozialen und nachhaltigen Gesellschaft beitragen? Die Autoren begannen nachzurechnen, wie ein Steuersystem aussehen müsste, dass diesen Anforderungen genügt: Spitzensteuersätze von über 90%! Das klingt auf den ersten Blick radikal, wer aber erstens zurückblickt, stellt verblüfft fest, dass solche Sätze keineswegs neu sind. Über Jahrzehnte lagen die Steuern in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg in solchen Höhen. Und auch nach ersten Schockmomenten merkten sie, dass ihre »radikalen« und konkreten Überlegungen auch zu Maximaleinkommen und Maximalvermögen für die Superreichen sowie ein faires Sozialsystem für alle Bürger*innen durchaus Gehör finden. Sie sind zugleich ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz.